

Er scheint täglich außer Sonntags, ...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Weuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 27. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Weuth-Strasse 3.

Geldsacks-Patriotismus

In Geldsacken hört die Gemüthlichkeit auf ...

Das Gold ist Dein Gott, und Du sollst keine andere Götter haben neben ihm!

Zählt der „Erbfeind“ für die Flinte oder irgend ein anderes Mordinstrument ...

Ubi bene ibi patria — wo etwas zu holen ist, wo ich mich mästen kann ...

Jetzt bethätigt er ihn wieder einmal mit urwüchsiger Elementarkraft ...

Die patriotischsten der Geldsacks-Patrioten sind, wie männiglich bekannt ...

Feuilleton

Abdruck verboten.

26

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Amert.

Für die von aller Welt abgeschlossenen Frauen war es gerade wie eine Rückkehr aus der Verbannung ...

Wie drollig es bei Ihnen aussieht! Sie werden ja von Ihren Möbeln rein erdrückt! ...

als neulich der Ruf an sie erging, dem National-Heiligen einen „Gulbigungsbesuch“ in Friedrichsruhe abzustatten ...

Ein „Eingefandte“ des „Leipziger Tageblatt“ von gestern Abend, das den über die Verlegung des Nationalfeiertages ...

Auf ein en Punkt möchten wir aber doch hinweisen, den erst die neueste Zeit mit sich gebracht hat ...

Nein es kann ihm nicht zugemuthet werden. So lange Sankt Sedan auf Kosten der Arbeiter gefeiert werden konnte ...

maine. „Ist er nicht hübsch? Und dabei garnicht theuer! Nur achtzig Franks.“

Doch Mrs. Webster hat den Damen noch eine große Neuigkeit zu verkünden. Ihre Tochter wird sich nämlich mit Alfred Renaud, dem Sohne des Banquiers, verheirathen.

„Aber Sie können ihn ja nicht leiden!“ ruft Germaine unvorsichtig.

„Bah!“ erwiderte Mrs. Webster, „man braucht seinen Gatten doch nicht anzubeten! Der Vater, wissen Sie, wird alles recht hübsch einrichten.“

Frau Savenay und Germaine müssen nun noch danken und Mutter und Tochter beglückwünschen. Aber diese Höflichkeit wird ihnen schwer.

„O nichts,“ antwortet Germaine. „Miß May, Deine theure Freundin, verheirathet sich.“

„Der arme Junge!“ sagt André. „Kenne ich ihn vielleicht?“

„Es ist Dein theurer Freund Alfred.“

Politische Uebersicht

Berlin, den 26. Juli.

Der russische Maximaltarif tritt Deutschland gegenüber am 1. August in Kraft.

Wolff's Telegr. Bureau meldet aus Petersburg:

Der am 25. Juli ausgegebene „Regierungsbote“ schreibt über den Maximaltarif: Die Maßregel ist hervorgerufen durch die bedeutende Entwicklung des Systems der Differenzialtarife ...

So die amtliche russische Darlegung. Wird man in Berlin noch lange zögern, dem drohenden Zollkrieg ein Halt zu gebieten durch den Abschluß eines zweckmäßigen Handelsvertrages? —

„Das arme Mädchen!“ erwidert André. „Ich werde Ihr meine aufrichtigen Beileidsbezeugungen übermitteln.“

„Zimmer noch Fräulein Ungewitter!“ sagte André und schloß sie in die Arme.

Er war die Sonne des Hauses geblieben. Er war allein im Stande, mit den Frauen umzugehen, die er sehr verwickelte Uhrwerke nannte.

Er erinnerte sie an einen Roman von Tolstoi, in dem ein Mann geschildert wird, der reduziert ist, weil er nicht mehr dreißig oder vierzig Pferde in seinen Ställen zu stehen hat.

9. Kapitel

Die Phosphatgesellschaft war von der Börse verschwunden. Der Verwaltungsrath hatte durch das Handels-

Die Frankensteinische Klausel. Ein Theil der Klausel (für die Fülle) soll, so giebt ein aus dem Finanzministerium stammender Beirath der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ in einer Auseinandersetzung mit E. Richter zu, „zeitweise“ oder „auf eine bestimmte Zeit außer Wirksamkeit gesetzt“ werden. Wenn das offizielle Blatt mit talmudistischer Spitzfindigkeit den Nachweis versucht, daß dadurch und durch Festlegung der Matrizenbeiträge das Einnahmewilligkeitsrecht, das Budgetrecht des Reichstags „statt zu kurz zu kommen, eher eine Erweiterung erfahren dürfte“, so muß dieser Versuch mißlingen, da es der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht gelingt, auch nur einen stichhaltigen Grund anzuführen. Thatsächlich läuft die „Reform“-Politik Miquels darauf hinaus, fürs erste dem Herrschen ungezählte Millionen zu sichern, fürs andere die Regierung vom Reichstage noch unabhängiger zu machen als bisher und ihn zu einer einfachen Geldbewilligungsmaschine, die sonst aber „nig to seggen“ hat, herabzudrücken. Darüber täuscht auch die rabinische Pfiffigkeit der Geheimräthe des Herrn Miquel Niemand, der Augen hat zu sehen. —

Vom Seeresdienste unterm neuen Militärgefeh. Nach einer der „Voss. Btg.“ von „zuständiger Seite“ gewordenen und von der „Nordd. Allg. Btg.“ zustimmend wiedergegebenen Mittheilung werden infolge der zum Gefeh gewordenen Militärvorlage die Mannschaften, die im Herbst 1892 eingestellt worden sind, unbedingt im Herbst 1894, also nach zweijähriger Dienstzeit, entlassen werden. Dagegen können diejenigen, die bereits im Herbst 1891 eingetreten sind, nicht bestimmt vor Herbst 1894 auf ihre Entlassung rechnen, da ein Theil davon erforderlichenfalls noch das dritte Jahr unter der Fahne bleiben wird. Doch sollen für diesen Jahrgang die Verurlaubungen zur Disposition „thunlichst“ ausgedehnt werden. —

Zur Tabakfabrikat-Steuer. Man schreibt uns: In dem gestrigen Beirath des „Vorwärts“: Tabakfabrikat-Steuer? findet sich eine Stelle, die leicht zu Mißverständnissen führen könnte. Es heißt dort: „... eigentlich muß die Staatsaufsicht, wenn etwas Ordentliches herankommen soll, auch noch auf den gesamten Tabakbau und -Handel ausgeübt werden, damit man weiß, ob von Rohproduzenten nichts abseits zur unerlaubten Fabrikation geht, ob der angemeldete Fabrikant allen Rohstoff, den er verbraucht, auch wirklich verbraucht u. s. w. In Amerika wenigstens ist diese Kontrolle der gesamten Tabakproduktion sehr sorgfältig vom Staate durchgeführt. Dort haben Produzenten und Händler gefehlich vorgeschriebene Monatsübersichten über ihren gesamten Umsatz an eine staatliche Zentralstelle abzuliefern.“

Diese Angaben sind, soweit sie sich auf die Tabakpflanze beziehen, unrichtig. Die amerikanische Tabakfabrikat-Steuergefehung verzichtet gleich der russischen auf die Anbaukontrolle. Eine Anmeldepflicht besteht für Händler und Fabrikanten. Der Pflanzer hat nur auf Verlangen der Steuerbehörde den Nachweis über seinen Verschleiß zu erbringen. Händler und Fabrikanten dagegen müssen regelmäßig über An- und Verkäufe, Abfälle und Pflanzstoffe Buch führen, woraus in bestimmten Zeiträumen amtliche Auszüge und Zusammenstellungen hergestellt werden können. Es hätte wohl auch noch hervorgehoben werden können, daß die Kontrolle die Steuerhinterziehungen nicht verhindert, daß vielmehr Defraudationen sehr häufig sind. Die Höhe der Steuer ist der stärkste Anreiz zum Anbau, Verkauf und zur Fabrikation auf ungesetzlichem Wege. Die nordamerikanische Fabrikatsteuer beträgt für das Pfund Rauch- und Schnupftabak rund 34 Pf., für Zigarren und schwerere Zigaretten für 1000 Stück 12,60 M., für andere Zigaretten für 1000 Stück 2,10 M. Der Ertrag an Steuern und Lizenzen belief sich 1889 auf etwa 134 Millionen Mark, dazu an Zoll etwa 29 Millionen Mark.

Der Netto-Ertrag der deutschen Tabakabgaben betrug nun im Centesjahre 1891/92 54 439 900 M., auf den Kopf der Bevölkerung 1,08 M. Durch das Gefeh vom 16. Juli 1879 ist in Deutschland die Flächensteuer durch die Gewichtsteuer ersetzt und der Zoll sehr gesteigert worden (von 24 auf 85 M. für den Doppelzentner Tabak, von 120 auf 270 M. für Zigarren und Zigaretten). Vor dem Jahre 1879 betrug der berechnete Verbrauch von fabriktionsreifem Rohtabak im deutschen Zollgebiet:

1871/72	1,8	Kilogramm
1872/73	2,6	„
1873/74	1,7	„
1874/75	1,6	„
1875/76	1,6	„
1876/77	1,6	„
1877/78	2,2	„
1878/79	2,7	„

Dagegen betrug der Verbrauch in der Schutzollzeit:

1879/80	0,7	Kilogramm
1880/81	1,3	„
1881/82	1,6	„
1882/83	1,2	„
1883/84	1,3	„
1884/85	1,5	„
1885/86	1,4	„
1886/87	1,5	„
1887/88	1,5	„
1888/89	1,4	„
1889/90	1,5	„
1890/91	1,6	„
1891/92	1,5	„

Mit der Erhöhung von Steuern und Zoll geht Hand in Hand die Abnahme des Verbrauchs. Fassen wir größere Zeiträume zusammen, so betrug der Durchschnittsverbrauch in dem Zeitraum

1871/72 bis 1875/76	1,8	Kilogramm
1876/77 bis 1878/79	2,2	„
1879/80 bis 1883/84	1,2	„
1884/85 bis 1888/89	1,5	„
1889/90 bis 1891/92	1,5	„

Der Rückgang ist stetig, und die Zahlen der Periode von 1879 verglichen mit den Zahlen der schutzöllnerischen Zeit sprechen eine baredete Sprache. Selbst in den schlimmsten Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs nach dem Krach, sind die Verbrauchsziffern (1874/75 bis 1876/77: 1,6 Kilogramm) durchgängig höher, als seit 1879. Nur zwei ökonomisch günstige Jahre, 1881/82 und 1890/91, erreichen den Stand der Unglücksjahre nach der Gründerära. Wenn Herr Miquel uns also eine Tabakfabrikat-Steuer nach amerikanischem Muster etwa bescherte, oder die Zölle steigerte, dann ginge der Verbrauch noch viel mehr zurück, und die große Masse der Verbraucher, die Tabakarbeiter und die im Tabakgewerbe thätigen kleinen Leute zahlten die Zeche, alles zu Ehren des Militarismus. —

Der wackelnde Reichs-Schatzsekretär Herr von Malchahn wird am 8. August in Frankfurt a. M. seine Denkersmahlzeit verfehren. Er soll in der Finanzministerkonferenz den Vorsitz führen. Dann kann er gehen, der brave Mohr, er hat seine Arbeit gethan, und an seine Stelle tritt irgend ein anspruchsloser Famulus Miquel's, des Mannes mit der Wünschelruthe. —

Wann kommt die nächste Militärvorlage? So fragen wir wieder. Es steht jetzt fest, daß im französischen Kriegsministerium bereits ein Armeereorganisationsplan in Arbeit ist, welcher auf Uebertragung der jüngsten deutschen Militärvorlage hinzielt. Herr v. Caprivi, der da behauptete, die Franzosen könnten nicht höher hinaus, wird nun seinen Irrthum eingesehen haben. Da aber die Existenz Deutschlands davon abhängt, daß es mehr Soldaten hat als Frankreich, so ist der patriotische Reichskanzler nun verpflichtet, seinen Irrthum einzusehen und eine neue Militärvorlage einzubringen. Herr Miquel, der vorausichtiger ist, sorgt bereits für die nöthige Deckung. —

Das Reichsfeuchengefeh soll gänzlich umgearbeitet werden, unter Berücksichtigung der von ärztlicher Seite geltend gemachten Bedenken. Das Beste wäre, wenn der Entwurf so früh veröffentlicht würde, daß die Kritik rechtzeitig einsezen könnte. —

Gegen das allgemeine Wahlrecht heft und wählt die Babylonierin vom Rhein, die es während der Wahlbewegung für eine „schöne Verleumdung“ erklärt hatte, daß die Männer der Militärvorlage ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht im Schild führten. Da Babylonierinnen nichts umsonst thun, so will die Kölnische für das verurtheilte Wahlrecht Diäten einhandeln. Schon vor Wochen hat, wie wir seinerzeit mittheilten, die „Nationalliberale Korrespondenz“ diesen Plan empfohlen. Es handelt sich also um keinen bloßen Augenblicksfall. —

Neulinge in solchen Angelegenheiten waren, beschlossen, eine Klage gegen die Begründer und Administratoren der Gesellschaft anhängig zu machen.

Die beiden Führer dieser Gruppe waren Andre und ein alter Beamter namens Colombel, lang und traurig wie ein Tag ohne Brot. Alle seine Ersparnisse waren bei dem Unternehmen verloren gegangen, d. h. etwa dreißigtausend Franken von ihm waren bei dem allgemeinen Krach mit verschwunden. Ein wahres Elend! Denn diese dreißigttausend Franken waren die Frucht eines ganzen arbeitsreichen Lebens. Zuerst war der Unglückliche ganz niedergeschmettert, wie jener Mann im Märchen, der plötzlich anstatt des Schazes, den ihm eine gute Fee geschenkt, einen Haufen dürre Blätter findet. Dann neigte er sich wieder der Hoffnung zu. Er konnte sich nicht denken, daß sein Geld, das er sich mit unsäglich Mühe erworben, für immer verloren sein könnte. Es schien ihm unmöglich, sich so ungestraft auf Kosten der Kleinen mästen zu können. Er glaubte, er brauche nur laut: haltet den Dieb! zu rufen, um das wieder zu erhalten, was man ihm genommen hatte. Gab es denn in Frankreich unter der Republik nicht noch Richter? Und so fuhr er fort, hinter den Dieben her zu schreien und sie zu verwünschen, zufrieden, wenn er jemand fand, dem er sein Leid und seinen Wunsch, entschädigt zu werden, mittheilen konnte. Andre hatte nicht das blinde Vertrauen dieser einfachen Seele auf die Gerechtigkeit. Aber er wollte seine Sache nicht von der seiner unglücklichen Gefährten trennen. Er glaubte ihnen durch seine Beziehungen in den oberen Gesellschaftskreisen nützlich sein zu können. Seine Hoffnung auf einen theilweisen Ersatz der erlittenen Verluste war nur gering. In jedem Fall hielt er es aber für ein Werk von öffentlichem Nutzen, die Verfolgung von Leuten, die so schurkisch gewirtschaftet hatten, in die Hand zu nehmen.

Eine Anklage wurde also vor Gericht anhängig gemacht. Sie bezeichnete zunächst Albary, den letzten Präsidenten des Verwaltungsrathes als Hauptschuldigen, und als mitverantwortlich an dem Fall des Unternehmens den Baron von Tüchtem und die übrigen Mitglieder der Gesellschaft. (Fortsetzung folgt.)

Antifischer Wahstrummel „im großen Stil“. Wie zu gunsten der Militärvorlage agitiert worden ist, ergibt die jetzt veröffentlichte Abrechnung des Berliner Komitees für die Militärvorlage, von dem die Verfeudung der offiziellen Flugschriften für die Militärvorlage ausgegangen ist. Nach dieser Abrechnung sind nicht weniger als 1 200 000 Drucksachen und außerdem 12 148,38 M. an baarem Gelde versandt worden, während 12 726,25 M. eingegangen waren. Aus welchen Fonds die Ausgaben für die Flugschriften bestritten worden sind, wird in der Abrechnung nicht gesagt! —

Die Lotteriepatrioten. In einer am 22. Juli abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Schneidemühl, wo über die Unterstützung der durch das Brunnennunglück geschädigten Grundbesitzer berathen wurde, erklärte der Regierungspräsident von Tiedemann: er halte alle Versuche, eine Lotterie zu erwirken, für vergeblich; die Staatsregierung genehmige grundsätzlich, nachdem sie bei der Schloßfreihalts-Lotterie ähliche Erfahrungen gemacht habe, nur noch Lotterien, denen ein allgemeines öffentliches Interesse zu Grunde liege. Daß die preussische Regierung sich bei dem Schloßfreihalts-Hazardspiel die Finger verbrannt hat, ist ersichtlich zu hören. Aber für die herrschende Anschauung ist es doch charakteristisch, daß neben dem staatlichen Glücksspiel der Klassenlotterie auch ferner noch andere Lotterien geduldet werden sollen, wofür nur „ein öffentliches allgemeines Interesse“ vorliege. Ein gestittetes Gemeinwesen duldet kein Glücksspiel und geht von der Ansicht aus, daß die öffentlichen Interessen durch soziale Politik, nicht aber durch eine Dummheitssteuer gefördert werden. Die Lotterie ist eine Spielhölle, wo der Staat Unternehmer, Kroupier und Thürschließer in Einer Person ist. Ob das „ethisch“ ist?

Offene Ansprache. In einer Betrachtung über die bayerischen Landtagswahlen erklärt die „Kölnische Zeitung“, es sei zu hoffen, daß „das Centrum in allen wichtigsten Fragen mit den schwer geschädigten Liberalen gemeinsame Sache machen werde“. Und gerade heraus zeigt sie, wie der Wahlschwindel betrieben wird, indem sie ausführlich: „Auch eine demokratische Aenderung des Wahlgesetzes, die, obwohl sie in jedem liberalen und in jedem liberalen Parteiprogramm eine Rolle spielt, in Wahrheit von keiner der beiden Parteien gewünscht wird, dürfte in absehbarer Zeit wenig Aussicht auf Verwirklichung haben.“ Kein allgemeines Wahlrecht und ein ultraliberales Kartell, das ist des Pudels Kern. Die Sozialdemokratie und die Bauernbündler werden die Verbrüderung der Liberalen und Ultraliberalen aber mit rauber Hand stören, fumental sie den Ausschlag geben. Bei den nächsten Landtagswahlen, im Jahre 1899, wird das Kernholz der Liberalen und Ultraliberalen so voll sein, daß ihnen Hören, Sehen und Gewählt werden vergehen wird. —

Die Liebhängelei zwischen den preussischen National-Polen und der preussischen (oder Reichs-) Regierung wird so auffällig betrieben und der Zweck ist so durchsichtig, daß es mit wunderbaren Dingen zugehen müßte, wäre die Aufmerksamkeit und der Argwohn der russischen Regierung nicht erweckt worden. Wie dem Londoner Tory-Organ, dem „Standard“, aus Moskau geschrieben wird, haben die Gouverneure der westlichen Provinzen Instruktionen betreffend einen etwaigen Aufstand in Litthauen und Russisch-Polen erhalten, und werden die Klage gegen die russische Sprache und Nationalität, die während einiger Zeit nicht mehr scharf gehandhabt wurden, seit kurzem wieder mit der äußersten Strenge durchgeführt. —

Die Bremer Spießbürger, die sich auf ihr „nationalistisches“ Christenthum viel zu gute thun, liegen mit einem ihrer Prediger, Pastor Dr. Kalthoff, in heftiger Fehde. Kalthoff hat, wie der „Reichsbote“ erzählt, in einem sozialdemokratischen Klub, in dem die Sozialdemokraten zu Agitationsrednern herangebildet werden, einen Vortrag über Rhetorik gehalten, und also den Sozialdemokraten Waffen zu ihrem Kampf gegen das Bürgerthum geliefert oder sie in der Führung dieser Waffen unterwiesen. Das hat ihm das liberale Bürgerthum bitter übel genommen und es ist darüber in der Bremer Lokalpresse ein Streit mit Kalthoff entstanden. Der Letztere vertheidigt sich mit der Behauptung, daß er als Geistlicher über den Parteien stehe. Das Bürgerthum aber entgegnet, gerade deshalb hätte er einer politischen Partei nicht dienen resp. helfen dürfen in ihrem Kampfe gegen das Bürgerthum. Wenn Kalthoff die Kartellknaben unterrichtet und sie gelehrt hätte, für ihren Freßhe, den Mischmaschvertreter Bremens, liberal-antisemitisch-konervative Paule zu halten, dann hätte das liberale Bürgerthum ihm Beifall geklatscht. Aber in einem Arbeitervereine über Redekunst vortragen! Weiche von uns, Satanas, ruft der Philister. —

Konservative Anträge zur Judenfrage erwartet das Stöckerche „Volk“ in der Wintertagung des Reichstages. Warum sollen nicht die Hammerstein und Genossen dies Paradeferd vorreiten? Das „Volk“ broht übrigens mit dem Abfall Zehntausender von der konservativen Partei, wenn diese dem Rathe der „Kölnischen Zeitung“ folgen und den Stöcker „als unnütz hinauswerfen“ sollte. So lange das Junkerthum den Hausknecht mit glattem Scheitel braucht, duldet es ihn, wie der Mistjunker des vorigen Jahrhunderts den Hauspaffen am unteren Ende seiner Tafel als Bechtumpan und als prädestinirten Satten seiner Lieblingsmagd duldet. Ist er „unnütz“ geworden, dann fliegt er auf die Gasse. Beispiele lehren es. —

Eine Reihe deutscher Handelskammern hat dem alten Freihändler und Goldwährungspolitiker Ludwig Bamberg zu seinem 70. Geburtstage Glück gewünscht und in der übersandten Adresse ihm dafür Dank gesagt, daß er den Kampf gegen „eine wirtschaftspolitische Richtung“ geführt habe, die „die Herrschaft bevorrechteter Interessen auf ihre Fahnen geschrieben“ habe. Flugs rührt sich der Stifter, Nährvater und Hauptnuznießer jener schutzöllnerischen Richtung, Fürst Bismarck, und demnächst die gratulirenden Handelskammern der Regierung, da sie als „Organe der Staatsregierung“ zu betrachten und deshalb keine Kritik an dem herrschenden System zu üben hätten. Wenn die Handelskammern oder ihre Sekretäre, wie dies kürzlich geschehen ist, den Reichsordner byzantinisch umwedeln, oder die Handelsvertragspolitik in Grund und Boden verurtheilen, so ist das nicht „ungefährlich“. Jedemfalls ist dieser Paule zweier mit einander um die Obmacht ringenden bürgerlichen Interessengruppen recht annulzig zu beobachten. —

gericht ihre Auflösung verkünden lassen. Zwei Liquidatoren waren ernannt worden, welche die Hinterlassenschaft zu regeln und die Rechnungen der Gesellschaft zu begleichen hatten. Sie konstatarnten, daß das von den Aktionären ausgegebene Geld, ca. 20 Millionen, für Bestreitung der Veröffentlichungskosten, für Beschaffung von Materialien, für die Erbauung von Gebäuden, die zur Ausbeutung der Gruben nöthig waren, für Unkosten der Administratoren, zur Besoldung von verschiedenen Angestellten, für die Miete der wundervollen Geschäftsräume der Gesellschaft in Paris draufgegangen war. Die Kasse war leer. An stelle der in alle Winde verstreuten Millionen waren nur noch Maschinen, Werkzeuge und Baracken da ganz unten in Südamerika vorhanden. Alles stand fast unbenuzt und war infolge dessen so gut wie werthlos, denn die famosen Minen waren ebenso erschöpft wie die Kasse. Die Bücher waren bewundernswürdig geführt. So hatten die Aktionäre wenigstens den traurigen Trost, daß sie ganz ordnungsgemäß ruiniert worden waren.

Doch gab es viele unter ihnen, denen dieser Trost nicht genügte. Sie waren so neugierig, daß sie die Liste aller an den Aktien Beteiligten einer Kontrolle unterzogen, und da gewannen sie die Gewißheit, daß viele der Subskribenten nur fingirt waren. Sie fragten sich, wie die Administratoren, die von ihnen bezahlt worden waren, so wenig von der Tiefe des auszubeutenden Phosphatagers unterrichtet sein und wie sie noch am Vorabend der Katastrophe so ungeheure Dividenden vertheilen konnten. Völl Horn laßen sie jetzt die enthusiastischen Artikel der Zeitungen von damals noch einmal, und sie begriffen nun, daß die Millionen, die an die Presse vertheilt worden waren, nur dazu gedient hatten, eine ungeheure Schlinge, in die denn auch alle Einfaltspinsel gerathen waren, herzustellen. Erst allmählich ging ihnen ein Licht auf, daß der Baron von Tüchtem und mehrere bedeutende Bankiers sich im geeigneten Moment ihrer Papiere zu entledigen gewußt hatten. Nun fielen Worte, wie „Vertrauensmißbrauch“, „Schurkerei“ und dergleichen mehr. Sie kamen zusammen, sprachen über die Angelegenheit und erzhigten sich gegenseitig die Köpfe, bis endlich einige unter ihnen, die noch

Auch er hat seinen Lohn dahin, Herr von Schorlemer, der Führer der westfälischen Sprengkolonne, die dem Zentrum in die Flanke fiel. Der Kaiser hat ihm sein Bild geschenkt, in dankbarer Anerkennung seiner besonders auch in letzter Zeit betätigten patriotischen Hingebungen. Rosciolski dekorirt, Stumm Romtbur, Schorlemer Empfänger eines Delgemäldes, nun fehlt nur noch Herr von Huene, und das vierblättrige Kleeblatt der Militärfrommen hat sein Teil. Willkürlich erhält der schlesische Magnat ein abgelegtes Ministerportefeuille. Herr von Raltenborn-Stachau, der Kriegsminister, ist amtsüde. Warum könnte Herr von Huene, der Major der Landwehr, nicht Kriegsminister werden? —

Eine Reichstagswahl-Steuer für die Zentrumspartei. Unserem Bruderblatt, der „Rheinischen Zeitung“ in Köln ist ein vertrauliches Rundschreiben des Zentral-Wahlkomitees der Zentrumspartei in Köln a. Rh. in die Hände gefallen. Es ist an dem Tage von ihr veröffentlicht worden, an dem es zur Ausgabe gelangen sollte. Man lese:

Vertraulich!
An den
Pfarrvorsteher Herrn
in Köln.
Geehrter Herr!

Die Reichstags-Wahlen haben neben den dankenswerten außergewöhnlich großen Bemühungen unserer Pfarrvorsteher und Vertrauensmänner auch außerordentlich hohe Kosten verursacht, abgesehen davon, daß von der letzten Wahl her noch ein Fehlbetrag von ca. 3300 Mark zur Deckung übrig geblieben ist. Gegenüber den großen Anstrengungen der nationalliberalen Partei einerseits und den häufigen und scharfen Angriffen der Sozialdemokratie andererseits war eine ebenso häufige Antwort, sei es durch Flugblätter, sei es durch Plakate, sei es durch Versammlungen, notwendig. Um Ihnen ein Bild davon zu geben, welche Kosten hierdurch entstanden sind, erwähnen wir folgendes:

1. Für Ausstellung der Wählerlisten	375 M.
2. Für Drucksachen: 586 000 Flugblätter u. Wahlankündigungen (7malige Verteilung)	2 125 M.
288 000 Stimmzettel (Haupt- und Stichwahl)	850
18 Plakate	600
3. Inserate	750
4. Ausgaben f. Stimmzettelvertheiler, Schreibkräfte etc. an den Wahltagen	1 200
5. Verschiedene Unkosten	800
6. Kosten des Einsammelns der Beiträge	800
Ca. 6 500 M.	

so daß also einschließlich des alten Fehlbetrages von 3300 M. nunmehr ca. 9800 M. aufgebracht werden müssen. Das Zentral-Wahlkomitee ist sich bewußt, keine unnützen Kosten verursacht zu haben, und daß die gemachten Ausgaben unumgänglich notwendig zur Erreichung des Ziels gewesen sind. Gegenüber diesen großen Summen sind bisher durch die Umlauflisten von Seiten der wohlhabenderen Parteigenossen, welche viele große und manche sehr große Beträge freiwillig beigetragen haben, ca. 4000 M. eingegangen; es bleibt mithin noch die Summe von 5800 M. zu decken übrig. Dieser große Betrag kann aber nur durch Inanspruchnahme weiterer Kreise zusammengebracht werden, soll die Partei nicht wieder mit einem großen Defizit an die im Herbst stattfindenden Wahlen zum Landtag und zum Kölner Stadtrat herantreten müssen. Wir richten daher an die bewährte Opferwilligkeit unserer Parteigenossen, besonders unserer Pfarrer, die dringende und zureichende Bitte, ihr Interesse für die gute Sache nun auch auf die thätigste Hilfe zur Verbeschaffung der nötigen Gelder auszuwenden, so wolle. Unter Berücksichtigung der Zahl und Vermögenslage der Pfarreingesessenen haben wir eine Verteilung der Wahlkosten auf die einzelnen Pfarren vorgenommen.

Gemäß fallen auf die Pfarre als aufzubringende Summe M.
Gemäß anliegender Liste sind von Seiten der darin genannten Pfarreingesessenen aufgebracht worden

es bleiben somit in Ihrer Pfarre zu sammeln M.
Als Erfolg versprechend empfiehlt sich folgender Geschäftsgang: Die Herren Pfarrvorsteher und Vertrauensmänner wollen eine Liste der gemäß ihrer Vermögenslage zu den Wahlkosten heranzuziehenden Pfarreingesessenen aufstellen, und zwar indem zugleich jeder einzelne auf den Beitrag, den derselbe voraussichtlich leisten wird, oder leisten könnte, als Anhaltspunkt für den Sammler eingeklebt wird. Alsdann wird jedem einzelnen das anliegende Zirkular per Post zugehelt. Ferner erforderliche Anzahl dieser Zirkulare wollen Sie von Herrn Heinrich Theising hier gefälligst verlangen. Kurz darauf ist den Betreffenden die Sammelliste vorzulegen, wobei persönlichen Vorlegen durch den betreffenden Vertrauensmann den höchsten Erfolg verspricht, weil angelegene Persönlichkeiten erfahrungsgemäß nicht so leicht abgewiesen werden, als bezahlte Voten. Wo es jedoch nicht möglich ist, die Herren Vertrauensmänner für diese gewiß nicht mühselige Thätigkeit zu gewinnen, können bezahlte Voten, deren Auswahl jedoch mit Geschick und Personalkenntnis getroffen werden muß, herangezogen werden. Alle Ihnen durch diese Thätigkeit entstehenden Kosten wollen Sie gefälligst von der in Ihrer Pfarre eingehenden Summe bei der Abrechnung abziehen. Wenn bisher von Seiten der Zentrumspartei an dem Grundsatz festgehalten worden ist, nur die wohlhabenderen Katholiken zu den Wahlkosten heranzuziehen, so ist dies unter den heutigen bedeutend ungünstiger gewordenen Verhältnissen nicht mehr möglich. Wir können nur dann etwas leisten, wenn uns die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Zur Aufbringung derselben muß, wie nun einmal die Verhältnisse liegen, jeder beitragen, der in der Lage ist, einige Mark für die gute Sache zu opfern, und wir hegen die feste Ueberzeugung, daß unser Appell an die Parteigenossen nicht erfolglos sein wird. Wir bitten Sie daher, geehrter Herr, ebenso dringend wie freundlich, sich dieser Sache recht warm und recht bald anzunehmen. Jedenfalls vor Eintritt der Kinderferien, also vor dem 15. August, muß die Sammlung beendet sein, weil sonst die Gefahr eintritt, daß viele leistungsfähige Leute verzeilt sein werden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!
Das Zentral-Wahlkomitee der Zentrumspartei
H. H.
Mich. Willrein, Schatzmeister.

Die Herren verstehen es, das muß man ihnen lassen. Die begüterten Parteigenossen haben keine Lust mehr zu bezahlen, deshalb muß die große Masse der Unbegüterten herangezogen werden, und damit dies möglich ist, wird in aller Form eine Einschätzung nach dem Einkommen vorgenommen, aber — unter einigen Mark soll niemand bezahlen. So haben die armen von der Zentrumspartei beizubehalten Arbeit jetzt indirekte Steuern, direkte Steuern für Staat und Gemeinde, Kirchensteuern und nun jetzt auch noch eine Reichstagswahl-Steuer für die Zentrumspartei zu bezahlen. Damit aber ja niemand

auf den Gedanken kommen sollte, sich drücken zu wollen, wird der „Vertrauensmann“ gleich selbst zum Einkassieren geschickt, der gewiß ebenjogut wie ein Gerichtsvollzieher wirken wird. Wenn es hier von den Zentrumswählern aus der Arbeiterklasse noch nicht wie Schuppen von den Augen fällt, der ist den Strich werth, den er sich durch die Bezahlung dieser Gelder selbst dreht. —

Wie es kommen wird. In einer Erörterung der „National-Zeitung“ über Reformen im Bankgeschäft heißt es:

Das neunzehnte Jahrhundert steht nun einmal im Zeichen des Großkapitalismus, der tatsächlichen Monopole und der Kartelle. . . . Wir glauben, es wird manches im Lande besser werden, wenn mit der Vernichtung der Einzelexistenzen Halt gemacht und vielmehr darauf hingearbeitet wird, daß die wirtschaftlich Schwachen ausrecht gehalten werden. Denn wenn sich zuletzt das Großkapital und der Großbetrieb nur noch in wenigen Händen befänden gegenüber einer immer mehr verarmenden Masse, so würde es zu einer Auseinandersetzung kommen, deren Schlussresultat nicht zweifelhaft sein kann.

Die Ausrechterhaltung der „wirtschaftlich Schwachen“ im Zeichen des Großkapitalismus ist eine Utopie. Es bleibt also nur übrig die Auseinandersetzung, über deren Schlussresultat auch wir nicht zweifelhaft sind. —

Ueber die Konservativen schreibt die ultramontane „Germania“, die über die Angriffe der „Kreuz-Zeitung“ auf das Zentrum vorerwähnt ist:

Die Konservativen hatten nach den Reichstagswahlen vor drei Jahren 68 Mitglieder, und sie haben jetzt 68 Mitglieder, darunter aber jetzt 8 Hospitanten, während damals nur zwei. Es hat sich außerdem bei den Wahlen wiederum gezeigt, daß selbst die festesten konservativen Wahlkreise vor dem Aufsturm des extremen Antisemitismus nicht standhalten, falls dieser Agitatoren und Geld hat, sie in diese Wahlkreise der alt-preussischen Lande zu senden. In diesen sind die wirtschaftlichen und sozialen Zustände und infolge davon die Stimmungen der mittleren und unteren Stände der Art, daß diese zwar noch nicht der antichristlichen und antinationalen Sozialdemokratie und ihrem Zukunftsstaat zulassen, wohl aber in hellen Haufen jedem antisemitischen Demagogen, der ihnen gründliche Hilfe verspricht, und daß sie dabei an der Zusammenstellung von „Juden und Junkern“, die beide das Volk „ausbeuten“, an den schärfsten Angriffen auf die oberen und reicheren Stände und an utopischen Heilmitteln sich nicht stoßen. —

Die Futternoth. Die preussischen Landräthe haben für den Fall vorhandener Futternoth Weisung erhalten, sofort die Kreisräthe zu berufen. Vermögen die Kreise nicht ausreichende Hilfe zu gewähren und verzagt auch die Berufung an die Provinzialinstanz, so sollen mit 3/5 pCt. verzinsliche staatliche Darlehen ausgegeben werden. —

Lauter Halbheiten! Die Regierung, anstatt vom Landtag die nötigen Mittel bewilligen zu lassen, schreitet zögernd zu kleinlichen und verspäteten Maßnahmen. Daß der Zinsfuß 3/5 pCt. beträgt, wird mit Recht Anstoß erregen. Als den Junkern ihre Landschaftsanstalten eingeräumt wurden, erblickten sie Darlehen zu so niedrigem Zinsfuß, daß die Schuld nahezu als ein Geschenk erschien. —

Aus der Ferienkolonie. Vor dem Münchener Militärgericht wurde ein Gemeiner eines Kavallerie-Regiments wegen verschiedener Diebstähle und Betrügereien zu 10 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Soldatenklasse verurtheilt. Wie nach dem „M. N. N.“ altemäßig festgestellt wurde, sind dem Verurtheilten vom Wachmeister auf Befehl des Eskadronschefs so große Löhnungsabzüge für verlorene und beschädigte Dienstgegenstände gemacht worden, daß er alle 10 Tage nur 70 Pf., also 7 Pf. für den Tag, erhielt. Der Soldat, der von zu Hause keine Unterstützung hat, mußte sich deshalb nicht mehr zu helfen und gerieth auf die Bahn des Verbrechens. —

Eugen Richter auf Lügenvegen. Auf unseren Leitartikel vom 22. d. über die löstliche Behandlung der Arbeiterfragen auf dem freisinnigen Parteitag weiß Eugen Richter nichts weiter zu erwidern, als daß wir uns „die falschen Darstellungen einiger Blätter zu nutze gemacht“ und die Verhandlungen „fälschlich wiedergegeben“ hätten. Was er aber „nochmals“ als wirklichen Inhalt der Verhandlungen „festgestellt“, deckt sich wörtlich mit unseren Ausführungen. Es hat sich nur darum gehandelt, ob ein ganz allgemein gehaltenes und inhaltlich von Niemand bestrittener Antrag („Insbesondere erkennt die Partei auch als ihre Aufgabe die Verbesserung der Lage der arbeitenden und weniger bemittelten Volksklassen in Stadt und Land an“) in eine Programmresolution aufzunehmen sei. Ganz recht, auf diese lächerlich formale Seite hatte Eugen die Frage in subalternen Weise auf dem Parteitag zugepielt, um sie aus der Welt zu schaffen. Und darum drehte sich ja unser ganzer, nach den Berichten der „Freisinnigen Zeitung“ geschriebener Artikel, darum, daß ein Mann, der erster Politiker sein will, am Ende des 19. Jahrhunderts eine Partei-Erklärung für eine soziale Reformpolitik damit verhindern zu können glaubt, daß er (vergl. „Freis. Ztg.“ vom 18. d. M.) vorschlägt, eine soziale Reformpolitik brauche man „für die Zeit bis zur Feststellung des Programms im Jahre 1894“ nicht in der Programmresolution, und dieselbe sei deshalb überflüssig, weil sie sich nicht „gegen augenblicklich herrschende Strömungen“ richte. „Das alles sind keine „zur Zeit unmittelbar praktischen Aufgaben?“ So fragten wir gerade auf Grund des von ihm jetzt „nochmals festgestellten“ Thatbestandes den großen Eugen, und darauf hat er nur lägenhafte Beschuldigungen, wie „falsche Darstellungen“ und „fälschliche Wiedergabe?“ Sein Latein muß arg zu Ende sein, und damit wohl auch gottlob seine Herrschaft bei dem kleinen Häuflein bürgerlicher Ideologen, die es mit dem „Freisinn“ wirklich ernst meinen. —

Frankreich. In einem Pariser Reaktionsblatte, dem „Gaulois“ liest man: „Die Frage der Wiedererrichtung der Arbeitsbörse wird vor Oktober im Ministerrath nicht zur Sprache kommen. Sie bleibt also bis nach den Wahlen geschlossen.“ Am 20. August, dem Wahltag, wird Frankreichs Arbeiterklasse der Bourgeoisregierung die richtige Antwort geben. —

Der französisch-siamische Rummel ist, bei Dichte betrachtet, nur ein Wahlmanöver in großem Stil. Schon vor Monaten — seit es den herrschenden Bourgeoisparteien gelungen war, eine Neuwahl unmittelbar nach dem

Bekanntwerden des Panama-Skandals zu verhindern — führten wir aus, wie die Regierung nur nach einer günstigen Gelegenheit für die Auflösung suchte. Die Gelegenheit fand sich nicht. Und die letzte Chance wurde durch die besonnene Ruhe der Pariser Arbeiter verborgen, welche sich nicht auf die Strafe und in die Falle eines hoffnungslosen Aufstandsversuchs locken ließen. Es konnte nicht länger gewartet werden. Im September muß die neue Kammer gewählt sein, und der letzte Sonntag im August war der äußerste Termin. Die französische Regierung hat so ziemlich bis zum letzten Termin gewartet. Sie hätte nur noch acht Tage weiter Zeit gehabt — den 27. August, statt des 20. August. Nach französischem Gesetz muß die Wahl stets an einem Sonntag und die Stichwahl — Ballotage — 14 Tage später stattfinden, so daß also jetzt, bei dem endgiltig festgesetzten Termin des 20. August, die Wahlen erst am 3. September vollendet sind.

Kurz, die Zeit drängte, es brannte der Regierung auf den Nägeln, und weil sich keine Gelegenheit fand, so mußte eine gemacht werden. Und da bot sich denn der aus ganz wichtigen Ursachen hervorgegangene Krach mit Siam. Mit „Erfolgen“ der inneren Politik konnte man nicht aufwarten, — so hatte man sich mit einem „Erfolg“ der auswärtigen Politik zu begnügen, — und die armen Siamesen wurden zum Divisionsstier ausersehen. Sie müssen „bluten“, damit Herr Dupuy seine Wahlausichten bessert. Aus ihrer Haut sollen ministerielle Mandate geschnitten werden.

Ob die Berechnung eine richtige ist? Im besten Fall handelt es sich doch bloß um eine verschlechterte und verkleinerte Ausgabe des Tonking-Abenteuers, und wir wissen wie verhaßt der „Tonkinese“ Ferry in Frankreich geworden. Dem „Siamese“ Dupuy könnte dasselbe Loos blühen. —

Die französischen Sozialisten sind auf der ganzen Linie mit den Vorbereitungen für die Wahlkampf des 20. August beschäftigt. Ueberall sind die Wahlkomitees gebildet, und in wenigen Tagen werden alle Kandidaturen festgesetzt sein. Guesde wird diesmal nicht in Marseille, sondern in Doubaix auftreten, wo sein Sieg sicher ist. Lafargue kandidirt in seinem alten Wahlkreis Lille; Ducqueroy in Marseille, Vaillant in Paris u. s. w. —

Die Homerule-Bill hat alle gefährlichen Abstimmungen überstanden, und wird glatt durch das Unterhaus gehen. Jetzt heißt es nun mit einem Mal, Gladstone wolle nach dem sicher zu erwartenden Nein-Votum des Oberhauses nicht sofort auflösen, sondern das Unterhaus wieder, und zwar im Spätherbst, zusammentreten lassen, einige Reformmaßregeln im Interesse der Arbeiter (Wahlreform, Achtstundentag u. s. w.) durchsetzen, hierauf die Homerulebill ein zweites Mal durchsprechen, sie zum zweiten Mal vor das Oberhaus bringen, und wenn dieses zum zweiten Mal sie verworfen habe, dann auflösen und „aus Land appelliren“. So würden die Neuwahlen erst nächstes Jahr kommen. Wir wissen nicht, ob die „Times“, welche den Plan mittheilen, richtig informiert sind. Wahr ist, daß Gladstone, wenn er den englischen Arbeitern etwas bietet, bei den Neuwahlen bessere Aussichten hat als gegenwärtig, wo seine einseitig irrische Politik in England vielfach verschunpft hat. Aber wie dem sei, fest steht auch: es wäre ein Jahr verloren — Gladstone ist 85 Jahre alt, und er ist jetzt der einzige Mann, der die Homerulebill durchsetzen kann.

Die Opposition jubelt deshalb nicht ohne Grund über den neuen Operationsplan Gladstone's und erblickt darin ein Eingeständniß der Schwäche. —

Der neueste Schwindel. England wird, um den französischen Annäherungen zu begegnen, dem Dreieund beitreten. Also wird geschrieben von einem Kammergänger des kammegieherischen Klatschblattes von England, genannt „Daily Telegraph“ — und deutsche Kammergänger klatschen es nach. Als ob die ausschlaggebende Stellung Englands nicht gerade darin läge, daß es über dem Dreieund Zweieund steht. —

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Nicht bloß in Deutschland wuchert hinter der spanischen Wand des Pietismus die Nothheit und Sittenlosigkeit. Ein großer Skandal, so schreibt der niederländische Berichterstatter der gewiß unverdächtigen „Kreuz-Zeitung“, beschäftigt gegenwärtig die ganze politische und soziale Welt in Holland. In der Ortschaft Nerbosch bei Nymwegen besteht nämlich ein altberühmtes Waisenhaus, das außer einer bedeutenden staatlichen Unterstützung auch noch Zuschüsse aus allen möglichen Rassen erhält. Dieses Waisenhaus ist ein nationales Institut, wo Tausende von Waisenkindern Unterkunft finden und das bisher als eine „Musteranstalt“ galt. Vor kurzem nun ereignen eine Flugchrift, die Enthüllungen über ungläubliche Vorgänge innerhalb des Waisenhauses in Nerbosch veröffentlichte. Es hieß darin, daß die Waisenkinder in der ärgsten Weise von den Lehrern und Erziehern mißhandelt, daß die Mädchen mit Stöcken und Ruthen gezüchtigt, schlecht gekleidet und schlecht genährt würden. In den oberen Abtheilungen des Waisenhauses soll sogar eine förmliche Baschawirtschaft herrschen. Diese von dem Verfasser unterzeichnete Flugchrift machte natürlich gewaltiges Aufsehen, um so mehr, als der Direktor des Waisenhauses, statt den Verfasser gerichtlich zu verfolgen, in den Zeitungen eine Erklärung veröffentlichte, wonach er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen einer Antwort nicht würdigte. Die Staatsanwaltschaft war aber darüber anderer Meinung, denn sie eröffnete eine strafgerichtliche Untersuchung über die Vorgänge im Waisenhaus von Nerbosch. Gleichzeitig ordnete die Regierung eine Disziplinär-Untersuchung an. „Aus dem Ergebnisse der gleichzeitigen Untersuchungen“, schreibt unser Gewährsmann, „werden wir sehen, was an den Beschuldigungen wahr ist. Unterdessen herrscht aber überall große Aufregung, da es nicht zum ersten Male vorkommt, daß öffentliche Wohlthätigkeits-Anstalten in Holland zu unerhörten Skandalen Anlaß geben.“ — Nicht bloß in Holland, brave „Kreuz-Zeitung“! —

Briefkasten der Redaktion.
H. A., Reinickendorferstraße. Bitte, betreffs Besprechung Ihrer Einsetzung sich persönlich in der Redaktion einzufinden.
N. S. C. 107. Berlin ist ein besonderer Verwaltungsbezirk, der unmittelbar vom Oberpräsidenten ressortirt.
H. D. Bitte, noch einmal sich nach der Redaktion zu bemühen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 27. Juli.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Ranon.
Froll's Theater. Der Wildschütz.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Alexanderplatz-Theater. Der Götterbesieger.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudens. Musik von Adolph Widoeko.
Regie: M. Samst.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne: Auftreten von Spezialitäten I. Ranges.
Zum Schluss:
„Vierzehn Mädchen in Uniform.“
Vaudeville-Posse von W. Angelp.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.



Passage-Panopticum.
Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Castan's Panopticum.
Riesen-Schlangen-Familie
aus Carl Hagenbeck's Thierpark.
Ohne Extra-Entree.

Victoria-Brauerei. Pühowstraße 111-112.
Garten resp. Saal. (außer Sonnabends)
Täglich Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Wochent. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf-Billets Sonntags keine Gültigkeit.

Berliner Bodt.
Heute: Engl. amer. Sport-Vorst.
Tom Cannon
art. Leiter. Austr. von Artisten, Athleten, Akrobaten u. allerersten Ranges. Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Ref. Pl. 1 M., Sperrf. 1,50 M.
Loge 2 M. 1091b
Heute: Ringkampf.

Schweizer Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Mittwoch:
Familien- und Kinderfest
verbunden mit Präsentverteilung.
Große Fackel-Polonaise und Kinderbelustigungen.
Gr. Extra-Vorstellung.
Entree 30 Pf. Saal: Ball.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenkr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger
vom Bryllall-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Auf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, d. 27. Juli:
Große Brillant-Vorstellung.
Zum 20. Male.
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib durch die Jahrhunderte.
Gr. Ausstattung-Pantomime mit Ballet mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten u. Geschl. geschäft. Inszeniert vom Dir. Ernesto Ciniselli. Arrangements u. vorkommende Tänze vom Königl. italienischen Balletmeister Ant. Tignani.
Ferner Auftreten der renommiertesten Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestdressierten Schul- und Freiheitspferde.
Anfang 8 Uhr.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Hippodrom unter Wasser.
BERLINER HIPPODROM
Am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Heute:
Gr. Parade-Vorstellung.
Am Strande von Ostende.
Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern von Arthur Fraenkel.
Susanne im Bade!
Zum Schluss: **Gr. Feuerwerk.**
Vorher: Reichhaltiges Programm: Römische Reiten und Fahren. Damen-Jockey-Rennen, Herren-Flach-Rennen u. Hürden-Rennen. Miss Athene und Mr. Hajex, Thurmseilkünstler.
Sagra. Isabella, Jagd-Schule.
Im prachtv. Park: **Gr. Konzert** von 5 Uhr an.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Morgen: Große Gala-Vorstellung.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmuth Peters.

Ostbahn-Park
am Rühriner Platz, (Hermann Jmbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof
Täglich: Concert und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu u. sensationell: 3 Schwestern Peratti, Kunstfaherinnen. Emmy u. Reinhold Hintsche, Gesangs- u. Charakter-Quartettisten u. Volkbelustig. jeder Art. 4 Regeltbahnen u. Verfügung. Kaffeelücke geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.
Morijs Platz.
Täglich: **Gr. Garten-Concert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnhöfer Lagerbier, hell und dunkel.
Bei ungünstiger Witterung findet das Concert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

Etablissement Süd-Ost
Waldemarstraße Nr. 75.
Zur Eröffnung meines Lokals lade ich hiermit Freunde und Gönner ergebenst ein.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 5 Uhr.
Empfehle meinen 500 Personen fassenden Saal für Vereine u. Gewerkschaften, sowie zu Hochzeiten.
Einige Sonnabende sind noch zu haben.
Carl Ulrich,
4595L* Restaurateur.

Reinickendorf.
Genossen und Sangesbrüder sind freundlichst eingeladen zu Sonntag, den 30. d. M., Nachmittags 4 Uhr, zum gemütlichen Besammeln der Mitglieder des Gesangsvereins „Weiße Rose“ (Mitgl. des Arb.-Sänger-Bundes) bei dem Genossen Emil Pirsch, Reibensgr. 20. Schattiger Garten, Regeltbahn u. f. w. 1107b
Staare, junge 1 M., alle Arten Waldbögel billig. 145708*
F. Schuelle, Staltheimstr. 132.

Unserem Genossen Richard Halfter zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche
1109b
Seine Freunde Berlin I.

Achtung, Hilfsarbeiter!
Die Verdringung unseres am Dienstag, den 25. d. M., an der Schwindsucht im Alter von 27 Jahren gestorbenen Kollegen **Richard Rader** findet am Freitag, den 28. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Moabiter Krankenhaus aus nach dem Friedhof in Weissensee statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
166/9
Der Vorstand

Danksagung.
Unsern herzlichsten Dank allen Freunden und Genossen für die liebevolle Beteiligung an der Leichenseier meines lieben Mannes und unseres lieben Sohnes und Bruders, **Georg Linke**, auf dem Kirchhof zu Stolpe.
Die trauernde Witwe **Elisa Linke**, die trauernden Eltern nebst Geschwistern.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Auguste Schwarz**, geb. Körner, sagen wir allen Verwandten, Bekannten, dem Berliner Kanarienzüchter-Verein und dem Pred. Bayrhofer unsern herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte
nebst Kindern.
1116b

Die Genossen von Steglitz bitte ich „Vorwärts“, „Volkblatt“, sowie sämtliche Parteiliteratur bei **Märten, Hirschstr. 5, oder Duppelstr. 29** im Zigarrengeschäft zu bestellen. 421/1
Der Vertrauensmann für Steglitz.

Genossen und Kollegen!
Allen Genossen und Kollegen des 4. Wahlkreises (Osten), mache ich hiermit bekannt, daß ich an der Königsberger- und Rüdersdorferstraßen-Ecke bei Nr. 41 einen Verkauf v. Zeitungen und Arbeiterchristen eröffnet habe.
H. Wendisch, Zeitungs-Spediteur, Diemelestr. 6, vorm. Tischler.

Die grobe Beleidigung, welche ich am 21. Juli gegen den Restaurateur Herrn **D. Kork** ausgestoßen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre ihn für einen Ehrenmann. 1104b
F. Haselstein, Schlosser.

Die Beleidigung, welche ich in meiner Erregung der Familie **Sahn**, Christburgerstraße 1 wohnhaft, gesagt habe, nehme ich zurück und erkläre dieselbe als eine ehrenhafte Familie. 1110b
H. Franke.

Altes Schützenhaus,
Liniestraße 5, empfiehlt seine Festsäle (500 Personen (sitzend) zu allen Gelegenheiten. 783b

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.
W. Griess, Restaurant,
Saal und schattiger Garten.
NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.

Restaurant „Lindenhof“
Stolpe
am kleinen Wannsee
hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regeltbahn u. Kaffeelücke zur Verfügung.
Kremsier am Bahnhof Wannsee. 4193L*
A. Mattausch.
Vereinssäle zu vergeben. **Jacob,** Inselstr. 1. 947b
Meine freundl. einger. Destillation mit Vierhülle, sowie ein gemütliches Vereinszimmer mit Piano empfiehlt
Hüssler, Prinzen-Allee 38.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Leppiche!!
Gardinen!!
Stoppdecken!!
kauft man am 4001L*
billigsten in der Fabrik von **J. Brünn,** Hackescher Markt 4.
Stadtbahnhof Börse.
Kinderwagen. **Andreasstr. 23.** Sp

Sozialdemokr. Partei-Versammlung
für den II. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Freitag, den 28. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Tagesordnung:
Protest gegen die Delegiertenwahl zum internationalen Kongress in Zürich. 845/13
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 27. Juli, Abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale des Herrn **Pyrotek,** Gipsstraße Nr. 3.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wagner.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Verschiedenes. 578/15
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins. 881/5
Sonnabend, d. 19. August, in der Brauerei Friedrichshain
II. Stiftungs-Fest
bestehend in **Vokal- u. Instrumental-Konzert u. Sommernachts-Ball,** unter Mitwirkung des **Gesangsvereins der Töpler.**
Die Musik wird von 25 Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Verwaltungskräfte ausgeführt. Anfang des Konzerts Abends 8 Uhr, des Sommernachtsballes 8 Uhr. Um 9 Uhr: Gr. Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Um 10 Uhr: Aufführung von 2 lebenden Bildern. Um 12 Uhr: Festrede des Genossen **Gustav Rehler.**
Billets (Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., inkl. Tanz) sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften, sowie in den bekannten Zahlstellen des Vereins zu haben. — Sämtliche Kollegen sowie Freunde und Gönner des Vereins ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Verein der Metallschleifer
Berlin und Umgegend.
Sonnabend, d. 29. Juli, in Klem's Volksgarten, Hasenhaide 14-15:
II. Stiftungs-Fest
verbunden mit **Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Den geehrten Damen steht die Kaffeelücke von 8 Uhr ab zur Verfügung. Anfang 5 Uhr. Billets 30 Pf.
Freunde und Gönner des Vereins ladet hiermit ein
1114b Der Vorstand.

Großes Sommerfest
am Sonnabend, den 29. Juli, in der Neuen Welt (Hasenhaide)
arrangiert von den sozialdemokratischen Parteigenossen des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Leitung des Musikdirektors **W. Finsterbusch** unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Krauzberger Harmonie“, „Frohe Hoffnung“, „Freiheit I“, „Frühlingslust“, „Gerechtigkeit“, „Gerstenähre“ (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung des Dirigenten **M. Bombelke.**
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Feuerwerk. Kinderbelustigungen aller Art.
Großer Sommernachts-Ball.
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.
Anfang 4 Uhr.
Die Kaffeelücke ist von 3 Uhr ab geöffnet.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
345/12 Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.
(Zahlstelle Berlin.)
Montag, den 31. Juli, in der Neuen Welt (Hasenhaide):
Großes Sommerfest.
Konzert u. Auftreten des gesamten Künstlerpersonals.
Großer Sommernachtsball.
Abends: **Brillant-Feuerwerk.**
Kinder-Fackelpolonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
Den geehrten Damen ist die Kaffeelücke von 2 Uhr ab geöffnet.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Programme an der Kasse gratis.
Billets à 30 Pf. sind auf allen Zahlstellen des Verbandes sowie bei folgenden Herren zu haben: **Kohlzart,** Adalbertstraße 91, Hof 1 Tr.; **Hinz,** Gräfestr. 32, Hof part.; **Post,** Gräfestr. 32, Hof 4 Tr.; **Miecke,** Adalbertstr. 9, vorn 4 Tr.; **Klotzsch,** Köpenickerstr. 73; **Lau,** Wanteuffelstr. 97; **Dann,** Teltowerstraße 23, 3 Tr.; **Kunze,** Wienerstr. 34, 3 Tr.; **Markmann,** Högstr. 6, 2 Tr.; **Zelso,** Bartelstr. 3, part.; **Aron,** Friedenstr. 63, part.; **Kotobusch,** Blumenstraße 33, Hof 3 Tr.; **Wiedemann,** Wallstr. 7/8 (Arbeitsnachweise). 818/18
Die Ortsverwaltung.

Hutmachergehilfen-Krankenkasse zu Berlin.
(Eingetragene Hilfskasse Nr. 67.)
Sonntag, den 30. Juli 1893, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Feindt,** Weinstr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kassiers. 2. Wahl des Ausschusses und der Kranken-Kontrollen. 3. Verschiedenes. 1108b
Der Vorstand. **J. A.: Otto Tschoppe.**

Lithographen, Steindruckere
und Berufsgenossen. 209/9
Die Sperre über die Firma Kaufmann besteht weiter. Der Vorstand. **J. A.: Otto Sillier.**

Parteinachrichten:

Warum wählt der Landarbeiter sozialdemokratisch?
Auf diese Frage giebt die gegnerische „Zeitung für Hinterpommern“ mit saurer Miene die folgende meistens recht zutreffende Antwort: Die sozialdemokratische Partei ist die einzige, die sich in zielbewusster ununterbrochener Agitation um die Gunst des Arbeiters bemüht hat. Schon dies Bewußtsein, daß seine Zugehörigkeit zu der Partei in den Augen derselben einen so hohen Werth hat, daß sie es sich vieler Mühe nicht verdrüben läßt, um ihn zu erwerben, nimmt ihn (den Landarbeiter) für die Sache jener ein. Verstärkend kommt hinzu, daß er von seinem Arbeitgeber in seiner Eigenschaft als politische Person meistens geradezu schlecht behandelt wird. Man gab sich nicht einmal die Mühe, ihn über Zweck und Ziel der Partei aufzuklären, für welche er seine Stimme abgeben sollte. Man ging von der sehr thörichten Annahme aus: so wie ich, der Arbeitgeber, wähle, so hat mein Arbeiter auch zu wählen; man gab ihm den Stimmzettel womöglichst erst vor dem Wahllokal in die Hand und sagte: „den Zettel steckst Du ein“ und glaubte damit seine Pflicht gegen ihn und das Vaterland vollumfänglich zu haben. Die Sache ging, was den äußeren Erfolg anbelangt, auch ganz gut, solange der Arbeiter sich seines Rechtes auf Selbstständigkeit noch nicht recht gut bewußt war, und von der Macht, die er in der That repräsentirt, noch nicht viel ahnte. Darüber hat ihn nun jedoch der Sozialdemokrat hinreichend aufgeklärt, und die Erfolge sehen wir überall. Auf vielen Gütern, wo bisher der Wille des Herrn für die Abstimmung der Arbeiter maßgebend war, hat bei der letzten Wahl die Arbeiterklasse gegen den Wunsch des Arbeitgebers gewählt, häufig in keiner anderen Absicht, als um diesen zu ärgern.

Wir quittiren mit Dank das gute Zeugniß, das die „Zeitung für Hinterpommern“ der Sozialdemokratie sowie dem gesunden Sinn der Landarbeiterschaft ausstellt. Geopannt sind wir, zu erfahren, wie das Blatt die zielbewußte dauernde und energische Agitation vorstellt, in die es die „Ordnungsparteien“ einzutreten rät. Wahrscheinlich wird das Rezept dem anderswo „erproben“ gleichlautend: für die Landarbeiter Stodprügel auf den Magen und für die sozialdemokratischen Agitatoren außerdem noch solche auf den Schädel.

In Greifswald hat sich ein Arbeiter-Bildungsverein gegründet, dem sofort 50 Mitglieder beigetreten sind. Der Verein wird dazu beitragen, die Grundsätze der Sozialdemokratie zu befestigen und immer weiter zu verbreiten.

In den sächsischen Landtagswahlen. Dem „Chemnitzer Tageblatt“ wird schon schwül, so läßt sich unser Chemnitzer Parteiblatt aus, wenn es an die Landtagswahlen denkt. Unsere Vorbereitungsarbeiten machen ihm viele Sorgen. Es schreibt: „Die Staatsangehörigkeit sich zu erwerben, fordern die sozialdemokratischen Blätter ihre Parteigenossen schon seit Monaten auf; sie machen darauf aufmerksam, daß die Erlangung der Staatsangehörigkeit kostenlos geschieht und theilen ein Formular mit, um zu zeigen, wie man sich die Sache so bequem als möglich machen kann. Was thun nun angesichts der Nützlichkeit der Sozialdemokraten die anderen Parteien? Bis jetzt, wie es scheint, recht wenig. Es ist aber die höchste Zeit, daß auch hier vorbereitende Schritte gethan und insbesondere eine Einigung über die aufzustellenden Kandidaten möglichst bald herbeigeführt wird.“ — Mit der Einigkeit sieht es bei unseren Gegnern in der Regel sehr faul aus, und da mag das „Tageblatt“ ganz recht haben, wenn es einige Zeilen vorher sagt, durch die Uneinigkeit der Gegner würden wir Siege erringen.

In Pforzheim haben die Parteigenossen bei der am 24. d. M. erfolgten Bürgerauswahlwahl in der dritten Klasse einen glänzenden Sieg errungen. (Siehe unser vorgestriges Telegramm.) Während es ihnen bei der vorletzten Wahl nur gelang, 8 von den 16 zu Wählenden durchzubringen, haben sie am Montag sämtliche 16 Sitze gewonnen, und zwar mit großer Majorität. Wir bringen unseren Pforzheimer Genossen zu diesem erfreulichen Erfolge unseren Glückwunsch dar.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Eines Preßvergehens** sollen sich der Verleger S. Franke und der Redakteur P. Schöps vom „Volksblatt für Anhalt“ dadurch schuldig gemacht haben, daß in der Probeummantelung der „Staßfurter Volkszeitung“ der letztere nur als Redakteur für den politischen Theil angegeben war, wodurch zwei Artikel im „Vernünftigen“ von der Behörde als nicht gedeckt angesehen werden. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet, auch haben schon Vernehmungen der Beschuldigten stattgefunden. Weiteres wird noch mitgeteilt.

Lokales.

Von der Spandauer Berg-Bräuerer haben weiter abbestellt: W. Petit Jean, Brangestr. 4.; Sommer, Grünstr. 21.; N. Kühne, Charlottenburg, Salüter- und Goethestraßen Ecke; R. Bachmann hat noch nie dieses Bier geschmeckt. Der Restaurateur Werner (Charlottenburg) wünscht veröffentlicht zu wissen, daß die Aufnahme seiner Person in die Liste auf einem Irrthum beruht. Abbestellt hat P. Paul, Gerichtstr. 34.; Fischer, Heimstr. 23.; Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57. Weiter schänken aus A. Schulz, Mantelstr. 23.; Bernau, Gartenstr. 149.; Reich, Lindenstr. 16.; Arminhallen, Kommandantenstr. 20.; Ramm, Grüner Weg 73.

Nach uns gemachten Mittheilungen sollen verschiedene Restaurateure, welche nur dem Druck, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, das Bier abbestellt haben, durch allerhand Mandate sich democh in den Besitz desselben setzen und dann das Bier unter falscher Flagge weiter auschänken. Die Genossen, welche hierüber Kontrolle führen wollen, mögen sich die Brauer-Bücher vorlegen lassen, dadurch kann etwaiger Schwindel aufgedeckt werden.

Die Lokal-Kommission:
J. A.: J. Wernau, Rosenstraße 30.

Manchem Menschen, schreibt eine Lokal-Korrespondenz, wird es recht schwer gemacht, ein Unterkommen zu finden, selbst wenn ihm „im Namen des Königs“ ein geschliches Anrecht zugesprochen worden ist. Vor 8 Tagen wurde der 63jährige Hospitalist Veremum aus Kummelsburg von der Ferien-Strahlkammer am Landgericht II zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt, weil er mit sieben Schulknaben widerrechtliche Unzucht betrieben hat. Trotz der hohen Strafe wurde der Verurtheilte auf freiem Fuß belassen, weil bei dem alten Mann Fluchtverdacht nicht vorlag. Aber an der Freiheit lag ihm gar nichts, beglückseligte er sich im Wobditer Kriminalgericht ein und verlangte so stürmisch seine Verhaftung, daß er wiederholt hinausgeworfen werden mußte. Er war von der städtischen Seuchenhaus-Verwaltung in Privatpflege gegeben worden, wo er sich angeblich nicht mehr sehen lassen durfte. Er erklärte ausdrücklich: „Wenn Sie mich nicht hier behalten, dann

muß ich die Geschichte noch einmal machen!“ Das dauerte so lange, bis die Staatsanwaltschaft den Strafantritt verfügte. In einem zweiten Falle war ein Blinder, der stets am Bahnhof Kummelsburg mit Streichhölzern handelt und daneben bettelt, vom Schöffengericht zu einer Woche Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt worden. Vorgefunden hatte er seine Strafe im Kummelsburger Füllgefängnisse verbüßt und wurde nach dem städtischen Arbeitshaus überführt. Was soll man aber dort mit einem alten Blinden anfangen, an welchem der Zweck der Zwangsarbeit, die Erziehung zur Arbeitsamkeit, so ipso scheitern muß? Der Blinde wurde also ohne Weiteres in Freiheit gesetzt. Gestern stand er wieder auf seinem alten Standorte am Kummelsburger Bahnhof, er verkaufte Streichhölzer und — tettelte.

Die Achtung, welche der „Polizeistaat“ Preußen den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten seiner Beamten zu Theil werden läßt, wird vom neu gewählten Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Paul Förster in vollen Tönen befangen. Er sendet an die „Staatsbürger Zeitung“ folgendes Schreiben:

„In einer Besprechung der Neustettiner Wahl in Nr. 330 der „Staatsbürger Zeitung“ wird bemerkt, „man habe mich behördlicherseits von hinten herum zwingen wollen, den Kampf gegen das Judenthum aufzugeben“. Dies ist irrig, und es ist mir wichtig, den Irrthum festzustellen. Ich habe es im Gegentheil immer dankbar anerkannt, auch in öffentlichen Versammlungen, daß die vorgefekten staatsbürgerlichen Behörden mir nie, weder früher noch leghin, ein Hinderniß in den Weg gelegt und meine staatsbürgerliche Freiheit beschränkt haben. Sie haben damit das auch dem Beamten zustehende Recht anerkannt, von der ihm nach der Verfassung zustehenden Freiheit des Wortes und der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten Gebrauch zu machen. Wir müssen für eine solche in dem sogenannten „Polizei-Staate“ Preußen bewiesene Achtung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten um so dankbarer sein, als anderwärts, wo der Liberalismus und der Freisinn die Herrschaft haben, eine solche Unparteilichkeit nicht geübt wird. Und wenn die fragliche Bemerkung von der „Freisinnigen“ Stadtverwaltung Berlins gemacht worden wäre, so würde ich dagegen nichts einzuwenden gehabt haben. Prof. Dr. Paul Förster, Mitglied des Reichstages.“

Von dieser Anerkennung der Freiheit des Wortes und der Theilnahme an der öffentlichen Angelegenheit durch die Regierung, die der Antisemitismus nicht nur mit Grund zu rühmen weiß, haben die sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten des Staates verdammt wenig bemerkt. Das Lob, das Förster dem Staate ertheilt, ist gleichbedeutend mit dem Vorwurf, daß er Gunst und Ungunst in ziemlich ungleichem Maße vertheilt.

In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir: „Vor einiger Zeit ist der gewöhnliche Fall vorgekommen, daß ein Handwerker auf Grund einer von ihm angefertigten praktischen Arbeit die Berechtigung zum einjährigen Dienst erhielt. Der Betreffende (Klempner), Sohn des Inhabers eines gut eingerichteten Geschäfts, reichte eine Petroleumlampe mit eigentümlicher Technik ein, die nach eingeholtem Urtheil Sachverständiger als eine hervorragende Leistung auf dem Gebiete des Gewerbes anerkannt wurde. Infolge dessen wurde, wie der „Konf.“ schreibt, der junge Handwerker von der Prüfung in fremden Sprachen befreit, und da er die Prüfung in den Elementarfächern gut bestand, erhielt er die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Dienst.“

Da von dem Betreffenden hervorgehoben wird, daß er Sohn des Inhabers eines gut eingerichteten Geschäfts ist, so wissen wir nicht, wie weit dieser Umstand mit zu der Vergünstigung beigetragen hat.

Der Auffangungsprozeß des Klembetriebes durch das Großkapital muß auch von der Bourgeoisie, die denselben gern verhalten möchte, zugestanden werden. So heißt es in einer Zuschrift, welche die „National-Ztg.“ veröffentlicht:

„Ein junger tüchtiger Fabrikant kann durch neue Kombinationen, Erfindung neuer hervorragender Muster etc. vorwärts kommen, aber Geld ist Geld und wer davon das Meiste hat, wird in der Konkurrenz auf dem bezeichneten Gebiete Sieger bleiben!“

An dieser notwendigen Konsequenz der privatkapitalistischen Wirtschaft können weder Sparagneseleien noch Zusatzlöse etwas ändern. Unter der Herrschaft der Jannungen würden die Privilegien derselben auch nur dazu dienen, dem kapitalkräftigen Meister die Unterdrückung des Kleinmeisters zu erleichtern.

Eine Antisemiten-Versammlung setzte am Dienstag die Abschlagung des Stöcker fort und wiederholte auch die Absage an die Konservativen. Der Gastwirth Bodeck führte aus: Man habe bisher für die Konservativen gearbeitet, ohne die Antisemiten hätten dieselben keine „Tivoli-Versammlung“ und kein „Tivoli-Programm“ gehabt. Stöcker habe die Heuchelei so weiterbestanden, daß selbst Ahlwardt sich mit Bodeck nicht einigen wollte, weil er es nicht glaubte, daß Stöcker es nur mit den Großgrundbesitzern und Agrariern hält und die Antisemiten nur gebrauchen wollte, um den Konservativen aufzuhelfen. Die Stöcker'schen Artikel im „Volk“ lassen vermuten, daß das „Volk“ von einem der niederträchtigsten Juden redigirt wird, so frivol und gemein seien die Angriffe. So schlimm seien selbst die Judenblätter nicht; man müsse vor Scham erröthen, daß ein solches Blatt sich noch „christlich-sozial“ nennen kann. Endlich müsse Klarheit geschaffen werden: „Hier wir, dort ihr.“ — Kampf für eure Feudalen und verschuldeten Mittergutsbesitzer, wir kämpfen für die kleinen Beamten, Handwerker und nothleidenden Landwirthe gegen die Juden, aber auch gegen den jüdischen Geist in unseren Reichen. Man hat uns vorgeworfen, ungehorsame Kinder zu sein, die ihren Vater nicht mehr kennen wollen. Wir danken für einen solchen Fürsprecher und Ireleiter, wir wollen es einmal mit der Praxis versuchen, wir wollen ein wirkliches Christenthum pflegen, nicht das Christenthum bei jedem Wort im Munde führen, um nachher nicht christlich zu handeln. (Stürmischer Beifall.) Unruhe bei den Christlich-Sozialen.) Wir wollen eine Reformpolitik, welche nicht die kleinen Handwerker belästet, sondern die energisch einmal in die Geldsäcke der Reichen hineingreift. Die von den Arbeitern reich Gewordenen sollen auch einmal etwas für die Arbeiter thun. Solche Grundzüge nennt Stöcker sozialdemokratisch. Die konservative Partei war lange Zeit mächtig im Reichstage, hat sie aber etwas für die Arbeiter gethan? Da für hatten die Herren gar kein Verständnis bei ihren noblen Passionen und ihrem Kennsport. Wir gönnen Jedem seinen Sport, von Politikern aber verlangen wir, daß sie keinen Sport treiben, sondern sich ganz der Sache des Volkes hingeben.“

Der Jude und Judengenosse Stöcker läßt sich durch die Presse der anderen Judengenossen verbreiten, daß sein Gegner, der Gastwirth Bodeck, wie sein Name schon zeigt, selbst Jude ist.

Bodeck sei nämlich ein hebräisches Wort und bedente Fleischbeschauer, d. h. denjenigen, der das Vieh darauf zu untersuchen hat, ob das Fleisch auch koscher ist.

In der vorgestrigten Versammlung von Anarchisten und „Unabhängigen“ kam es zur vollen Abfrage der Lehren an Jene. Von Interesse ist die Abfertigung, welche der Anarchist Landauer durch einen Redner erfährt. Dieser erklärte zu der Vertheidigung des freien Individualismus, der selbst durch die Demokratie, wie sie auch sein möge, vernichtet werde, daß Landauer einen reinen Bourgeoisstandpunkt verleihe; er habe wohl nie in einer Fabrik gearbeitet und als Arbeiter erfahren, wie es mit der freien Individualität des Arbeiters stehe. Dieser habe sich erst eine solche im Klassenkampfe zu erobern.

Kohrpst-Betrieb. Am 1. August wird bei dem Postamt Nr. 52 (Wertheke) in Berlin der Kohrpst-Betrieb eingerichtet. Der Kohrpst-Verkehr findet täglich im Sommer-Halbjahr von 7 Uhr, im Winter-Halbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Die längste Straße von Berlin ist nicht mehr, wie man vielfach glaubt, die Friedrichstraße, sondern die Müllerstraße mit 3640 Metern. Ihr zunächst kommt die Schönhauser Allee mit 3180 und dann erst als dritte mit 3060 Metern die Friedrichstraße. Auf die letztere folgt mit 2865 Metern die Friedenstraße und auf diese mit 2775 Metern Alt-Moabit. Daran reihen sich die Greifswalderstraße (2665 Meter), Prenzlauer Allee (2615 Meter), Potsdamer Straße (2380 Meter), Brunnenstraße (2280 Meter), Vinienstraße (2250 Meter), Köpenickerstraße (2175 Meter), Schwedter- und Kurfürstenstraße (je 2100 Meter), Oranienstraße 2000 und Wilhelmstraße mit 2000 Metern. Die letzte Reihe der längeren Straßen wird gebildet von der Reichenbergerstraße 1915 Meter, der Ritterstraße 1805, Chausseestraße 1780, Garten- und Ritterstraße je 1740 Meter, ferner von der Leipzigerstraße 1625, der Thiergartenstraße mit 1500 Metern und endlich von der Straße Unter den Einden, deren Länge 1350 Meter beträgt.

Auch der Verbrauch an Ciern ist in Berlin nach dem Bericht der Ältesten der Kaufmannschaft im Jahre 1892 zurückgegangen. Er betrug 19 808 588 Kilogr. gleich 5 280 006 Schock im Durchschnittswerte von 15 679 158 M. 35 Pf. gegen 18 678 810 M. 40 Pf. in 1891. Der Konsum hat sich folgendergestalt gegen das Vorjahr um 219 806 Schock vermindert. Bei einer, einschließlich des Fremdenverkehrs, auf 1 670 000 Seelen angenommenen Bevölkerungsziffer betrug der Verbrauch pro Kopf und Jahr 1897 Stück gegen 200 Stück im Jahre 1891, d. h. pro Tag im Jahre 1892 für einen Einwohner 0,519 gegen 0,555 in 1891. — Die Einschränkung im Gebrauch der Nahrungsmittel und die Ersetzung der nahrhafteren aber kostspieligeren durch weniger nahrhafte aber billigere ist gewiß das deutlichste Zeichen der Verschlechterung der Arbeiterlage.

Die Leiche eines vornehm gekleideten Mannes wurde am Montag früh in Potsdam auf der Havel neben der Valustrade des Lustgartens treibend von zwei im Kahn vorüberfahrenden Grenadieren ans Land bugsiert und durch die Berufsfeuerwehr nach der Reichenhalle des städtischen Kirchhofes überführt. Die Augen waren mit einem weißen Taschentuch verbunden und infolge dessen wohl erhalten, während die übrigen Gesichtstheile und die Hände von den Fischen bereits angestrichen waren. Um den Hals waren, wie die „Potsdamer Zeitung“ schreibt, zwei halbseidene Galstücher lose geschlungen, ein drittes schwarzseidenes Tuch war unter einem Umlegebogen zu einem Schlaß gefnüpft. Der Anzug war von neuem Schnitt, und zwar blau Cheviot mit seidenerm Futter. Geld oder Geldeswerth fand sich nicht vor, nur ein Postermonnaie, ein Ufeschlüssel, in der Hosentasche ein Taschentuch, in der Brusttasche ein Notizbuch, das eine Mitgliedskarte des Bezirksvereins der Halleischen Vorstadt in Berlin enthielt, auf den Namen „Wilhelm Knebel“, bezahlte 50 Pf. ausgestellt. Auf einem herausgerissenen Notizbuchblatt waren weitere Mittheilungen in sieben Zeilen stenographisch niedergeschrieben, die die Polizei an sich nahm. Das Oberhemd war nach dem Fabrikstempel am Mariannenplatz in Berlin gekauft. Die Leiche des etwa vierzigjährigen vollbärtigen Mannes muß nach der vorgeschrittenen Verwesung bereits etwa 14 Tage im Wasser gelegen haben.

Eine räthselhafte Persönlichkeit scheint die junge Dame zu sein, die am 22. d. M., nach einer Abends vorher an der Siegesstraße stattgehabten Zusammenkunft den Tod im Landwehrkanal, wie bereits gemeldet, suchte. Auf Grund einer vorhandenen Notiz konnte man annehmen, daß es sich um die am 6. September 1875 zu Schneberg geborene Künstlerin Reichel handele, die in der Steglitzerstr. 8 bei der Wittve Haase gewohnt hat und wenige Tage vor ihrem Tode zu der Frau Wallinowska, Steglitzerstr. 18, gezogen war. Die erste Wittvin hatte auch in der Todten die Reichel erkannt, bis sich herausstellte, daß die Reichel noch lebt. Gleichzeitig hat sich ergeben, daß die Selbstmörderin unter fünf verschiedenen Namen aufgetreten ist, zu denen auch der Name Adelheid Reichel gehört. In einem Briefe an einen Herrn nannte sie sich Adele Ziegenrücken und erbat sich Antwort an ihre „Freundin“ Adelheid Reichel, als welche sie sich aber selbst in der bezeichneten Wohnung aufhielt. Zu der Frau Haase wollte sie als einem überhaupt nicht bestehenden Janse der Ballaststraße gezogen sein; sie scheint demnach die Absicht gehabt zu haben, ihre Persönlichkeit in ein undurchdringliches Dunkel zu hüllen. Bis jetzt ist ihr dies auch gelungen: sie ist als eine unbekante Person beerdigt worden. Die Verstorbene hatte die eigenartige Angewohnheit, am Schlusse ihrer Briefe irgendwelche Federzeichnungen auf das Papier zu werfen. So malte sie Engel, Arabesken, Frauenköpfe, die allerdings kein Zeichner-talent verriethen. Dagegen war ihre Handschrift wie gestochen und ließ auf einen höheren Grad wissenschaftlicher Bildung schließen. Vielleicht kommt hierdurch an den Tag, wer die junge Dame gewesen ist.

Eine Unthat verübte vorgestern Nachmittag auf dem Grundstück Prenzlauerstr. 22 der Bauernknecht Strehlow aus Fallenberg, welcher auf obigem Grundstück Dung zu verladen hatte. Der Wagen des St. stand so auf dem Dose, daß der Droschkenfürher Lorenz, Vinienstr. 116 wohnhaft, mit seinem Gesährt nicht vorbeifahren konnte. Es entstand infolge dessen zwischen beiden Kutshern ein Streit, welchen der Knecht dadurch beendete, daß er mit der scharfen Kante einer Schaufel den L. hinterwärts einen Schlag auf den Kopf versetzte und den sofort bewußtlos Gewordenen durch weitere Schläge im Gesicht furchbar entstellte. L., welchem die Schädeldede auf dem Kopf bloßgelegt, wurde nach der Hl. Klinik gebracht und St. in Haft genommen.

Ein eigentümlicher Zeichensund beschäftigt die Kriminal-polizei. Am linken Spree-Ufer, hinter dem Grundstück Rungestraße 30, wurde am Mittwoch Morgen gegen 9 Uhr eine Leiche im Wasser bemerkt. Als man sie aus den Fluthen zog, nahm man wahr, daß um den Hals eine eiserne Kette geschlungen war, an deren Enden Gewichtstücke von je fünf Kilogramm hingen. Der Todte, der wohl 40 Jahre alt gewesen zu sein muß, spärliches blondes Haar und einen starken Schnurbart

muss etwa eine Woche im Wasser gelegen haben. An der rechten Hand trägt er einen Eingetragten mit dem Zeichen F. S. Sein Taschentuch, das in einem karierten Jacket steckte, ist P. St. 10 gezeichnet. In derselben Tasche befand sich ein lederner Tabakbeutel mit 118,80 M. Unter dieser Summe waren 16,80 M. in Fünfpennigstücken, der Rest bestand aus Gold- und Nickelstücken, sowie Papiergeld. Ferner wurde am Dienstag Nachmittag am Gartenufer eine in der Auflösung begriffene männliche Leiche angeschwemmt. Aus Goldfinger steckte ein Trauring, der die Buchstaben E. C. 78 trägt.

Marktpreise in Berlin am 25. Juli, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 16,60—16,80 M., mittlerer von 16,20—16,60 M., geringer von 15,90—15,60 M. Roggen per 100 Kg. guter von 14,70—14,40 M., mittlerer von 14,30—14,10 M., geringerer von 14,00—13,80 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 19,20—18,80 M., mittlerer von 18,70—18,30 M., geringer von 18,20—17,80 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 6,34—5,50 M. Heu per 100 Kilogr. von 9—6,80 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 28,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 16,00—8,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,00—1,00 M. Aale von 8,00—1,00 M. Sander von 2,40—1,20 M. Hechte von 2,00—1,00 M. Barsche von 1,60—0,80 M. Schleie von 2,00—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 20,00—1,50 M.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Nachmittags wurde ein 6jähriges Mädchen vor dem Hause Koloniestr. 128 durch einen Breck überfahren und erlitt hierbei einen Bruch des Unterschenkels und des Schlüsselbeins. Das Kind wurde nach dem Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenhaus in der Reinickendorferstraße gebracht. — Am 25. d. M. Vormittags fiel ein Kutscher, als er in der Dorotheenstraße von seinem in der Fahrt befindlichen Gespanne absteigen wollte, zur Erde, wurde überfahren und erlitt hierbei eine so bedeutende Verletzung des Oberkörpers, dass er nach der Charité gebracht werden musste. — Nachmittags wurde im Landwehrkanal vor dem Hause Waterloo-Ufer 17 die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines unbekannt, etwa 30 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Ein dreijähriger Knabe fiel Nachmittags aus dem Fenster der im Erdgeschoss des Hauses Kottbuserdamm 6 belegenen elterlichen Wohnung auf den Hof hinab und erlitt hierbei eine so bedeutende Verletzung am Kopf, dass er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden musste. — Auf dem Kottbuserdamm 92 wurde Nachmittags ein obdachloser Arbeiter in einem Mügelwagen liegend tot aufgefunden. Nach Ausspruch des herbeigerufenen Arztes ist der Tod vermutlich infolge eines Schlaganfalls eingetreten. — Vor dem Hause Marheineke-Platz 8 warf ein Kutscher beim Abladen von Holz einem fünfjährigen Knaben ein größeres Stück Holz auf den Kopf, so dass dieser eine etwa 4 Zentimeter lange Wunde davontrug. — Abends sprang ein Tischler gegenüber der Forsterstraße in den Landwehrkanal und ertrank. — Als Abends ein Wächter den obdachlosen Schlosser Gräbig behufs Feststellung seiner Person nach der Wache des 66. Polizeireviere führen wollte, setzte ihm dieser thätlichen Widerstand entgegen, so dass der Wächter von seiner Waffe Gebrauch machen musste, wobei Gräbig eine Verletzung am Kopf davontrug. — In der Nacht vom 25. d. M. sprang eine unbekannt Frau vor dem Hause Waterloo-Ufer 17 in den Landwehrkanal, wurde aber noch lebend herausgezogen und nach ihrer Wohnung in der Möckernstraße gebracht. — Im Laufe des Tages fanden Alt-Moabit 181 und Skaligerstr. 32 keine Feuer statt.

Gerichts-Beitrag.

Händchen Blum und das Pressegesetz. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Wilhelm Schröder hatte sich gestern vor dem Schöffengericht in Moabit wegen angeblicher Uebertretung des § 11 des Pressegesetzes, begangen durch Nichtaufnahme einer ihm von Hans Blum zugesandten „Berichtigung“ zu verantworten. Am 2. Mai brachte der „Vorwärts“ eine Korrespondenz aus Hamburg, die sich in sachlicher Weise mit dem Beleidigungsprozess beschäftigte, welcher auf Veranlassung Händchens gegen den Redakteur Stolten vom „Hamburger Echo“ angestrengt war und der mit der Verurteilung Stolten's zu 300 M. Geldstrafe und Fählung an 100 M. Buße von Blum endigte. Hans Blum schien dem „Vorwärts“ damit abgethan, doch wurde nach Verlauf einiger Wochen ein von diesem Sozialistenblätter letzter Güte unterzeichnetes Schriftstück zu Händen unseres Verantwortlichen abgegeben, das bei allen, die es sahen, ungetheilte Heiterkeit erregte. In diesem Elaborat verlangte Händchen eine pressgesetzliche Berichtigung über alle möglichen und unmöglichen Dinge, Thatfachen und Urtheile wimmelten darin hinterbunt durcheinander. So verlangte er das in der Korrespondenz abgegebene Urtheil berichtet, das er in dem Hamburger Prozess eine klägliche Rolle gespielt habe, dass im Gerichtsfall ob einer von ihm gemachten Aussage allgemeines Schütteln des Kopfes entstanden sei, dass er in fast weinerlicher Tone eine Buße beantragt habe und ähnlicher Dinge mehr, die dem § 11 des Pressegesetzes so fern stehen, wie Hans Blum einer leidenschaftlichen Beurtheilung der Sozialdemokratie. Natürlich legte Schröder Händchens umfangreiches Opus zu dem großen Haufen des übrigen unverständlichen Manuscripts nieder. Bei alledem nun hatte der Amtsanwalt dennoch Anklage wegen Uebertretung des Pressegesetzes erhoben und auch in der gestrigen Verhandlung 10 M. Geldbuße und Publikation der „Berichtigung“ in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beantragt. Der Gerichtshof fällt, wie kaum anders zu erwarten war, ein freisprechendes Urtheil, nachdem der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wolff, seine kurz und treffend den Werth des Blum'schen Nachwerks als pressgesetzliche Berichtigung dargelegt hatte. In der Urtheilsbegründung wurde ausdrücklich anerkannt, dass es im bezüglichen Falle nicht Sache des Redakteurs sei, in einer ihm als pressgesetzliche Berichtigung übergesandten Zuschrift die Berichtigungen, die sich auf Thatfachen beziehen, von denen bloßer Urtheile zu sondern; ein derartiges Schriftstück trage überhaupt nicht den Charakter einer Berichtigung im Sinne des Pressegesetzes und der verantwortliche Redakteur habe daher auch nicht die Pflicht, dasselbe ganz oder theilweise in seinem Blatte aufzunehmen. In welches Licht der Rechtsanwalt a. w. l. Dr. Hans Blum seine Kenntniss vom Pressegesetz durch diese Affäre gerückt hat, das noch des näheren auseinanderzusetzen, können wir uns wohl ersparen. Seine Gesefestunde scheint mit seiner Kenntniss der Menschenrechte, als deren Student er bekanntlich bezeichnet wurde, auf gleicher Höhe zu stehen.

Eine für Miethsverhältnisse wichtige Reichsgerichts-Entscheidung wird in den „Juristischen Blättern“ mitgetheilt. Wird ein während der Miethzeit nicht ausführbarer Hauptbau notwendig, der nicht ausföhrbar ist, so lange der Miether die Sache in Besitz hat, so muss der Miether die Sache nicht bloss während des Baues räumen, vielmehr ist sowohl der Vermieter als der Miether zur endgültigen Aufhebung des Vertrages berechtigt, so dass keiner von dem andern die Fortsetzung des Vertrages nach vollendetem Bau verlangen kann. Ob vorherige Aufkän-

digung erforderlich ist, hängt davon ab, ob die Ausführung des Baues während der Kontraktzeit sich zwar als notwendig herausstellt, aber doch noch ausführbar ist; alsdann muss vorher mit der gesetzlichen Frist gekündigt werden. Hat dagegen wegen bringender Gefahr die Klümmung thätiglich erfolgen müssen, so bedarf es nicht der vorherigen Kündigung; der Miethsvertrag ist ohne weiteres wegen Unmöglichkeit der Erfüllung aufgehoben.

Soziale Ueberblick.

An die Gewerkschaften Berlins!

Am Freitag, den 21. d. M., wurde in der Versammlung der Gewerkschaftskommission die Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses vorgenommen und besteht derselbe nunmehr aus folgenden Delegirten:

Baldwin Franke, Möbelpolirer, Große Frankfurterstr. 73, 1. Hof links.
Karl Doll, Drechsler, Wienerstr. 29, v. 2 Tr.
Bernhard, Former, Saarbrückerstr. 8/9.
Gustav Busse, Federrichter, Sophienstr. 28.
Albert Massini, Buchdrucker, Wellenlaneestr. 66.
M. Millarg, Tischler, Lehrterstr. 22, v. 2 Tr.
Oskar Böckel, Hutmacher, Dunderstr. 6, v. 3 Tr.
Sämmtliche Gelder, die für die Gewerkschaftskommission bestimmt sind, sind wie bisher an M. Millarg, Lehrterstr. 22, zu senden, während alle Anträge, Schriftstücke u. dgl., welche die Gewerkschaftskommission betreffen, ferner an Oskar Böckel, Hutmacher, Dunderstr. 6, zu richten sind. Außerdem ist derselbe in allen dringenden Angelegenheiten tagsüber in der Deutschen Gutsfabrik, Pappel-Allee 3/4, zu sprechen.

Im Auftrage:
Oskar Böckel, Hutmacher, Dunderstr. 6.

Achtung! Möbeltransport-Arbeiter, Packer und Verfertiger! Für bezeichnete Branchen findet am Donnerstag, den 8. August, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20, eine große öffentliche Versammlung statt, in der der Reichstags-Abgeordnete Fritz Jubeil über Zweck und Nutzen unserer Organisation referiren wird. Wir laden hiermit sämmtliche Kollegen, besonders diejenigen, die bei der Aktien-Gesellschaft Köpenickerstr. 127 beschäftigt sind, ein, da der von der betreffenden Gesellschaft herausgegebene Arbeitsvertrag besonders zur Sprache kommt. Diejenigen Kollegen, die zur Vertretung von Handzetteln behilflich sein wollen, können sich Sonntag Vormittag 10 Uhr beim Kollegen Bernicke, Blumenstr. 20, einfinden.

J. A.: Paul Linde, Vorfigstr. 20.

Genossen! In vielen Vororten Berlins müssen die Genossen klagen, dass bei Ausflügen die Sozialisten nicht beachtet wird. Auch wir in Friedrichshagen sind gezwungen, an die Solidarität unserer Genossen zu appelliren. Wenn die Sozialisten so beachtet wird, dass jeder sein Bier trinkt, wo es ihm beliebt, dann ist die ganze Sozial-Kommission überflüssig. Es betrifft hier besonders zwei Lokale, die für die Arbeiter gesperrt sind und zwar: L. H. Schmidt und Ravenstein, ersteres direkt an der Bahn, letzteres 15 Minuten im Walde gelegen. Beide wollen mit uns nichts zu thun haben, und doch füllen die Arbeiter den Birthen das Lokal und die Geldbörse. Parteigenossen! In der Weise darf es nicht weiter gehen, die Birthe lachen uns höhniisch ins Gesicht, wenn man in der Lokalfrage mit ihnen Rücksprache nehmen will. Beweist Genossen, dass Ihr solche Leute, denen an Euch nichts gelegen ist, mit Eurer Gegenwart nicht belästigt.

Die Sozial-Kommission
von Friedrichshagen und Umgegend.

Diejenigen Arbeiter-Gesangvereine, welche am Sonntag, den 30. Juli, sich bei dem Ludenwalder Volksfest beteiligen wollen, werden ersucht, uns sofort davon zu benachrichtigen, damit für genügende Quartiere gesorgt werden kann.

Das Komitee.
J. A.: Georg Bad, Haidestraße 40.

Achtung, Glaschleifer! In der Glaschleiferei Marien u. Co. in Hamburg ist gestern ein Streit ausgebrochen. Der Werksführer Schmidt ist nach Berlin gereist, um von dort aus Schleifer zu engagiren. Man wolle daher den Zugang nach Hamburg streng fern halten. Hermann Peiterreit, Oranienstr. 21, Berlin.

Ein Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamtes vom 15. Juli an die Vorstände der Berufsgenossenschaften und Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten betrifft die rechtsprechende Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamtes während der Zeit vom 1. Januar bis 15. Juli 1898. Nach demselben dauerte in der Rekursinstanz (Unfallversicherungs-Streitigkeiten) das Verfahren, abgesehen von den Fällen, in welchen eine weitere Beweisaufnahme erforderlich war, durchschnittlich nur 10 bis 13 Wochen, in der Revisionsinstanz (Invaliditäts- und Altersversicherungs-Streitigkeiten) nur 9—12 und bei Revisionen, welche ohne mündliche Verhandlung erledigt werden konnten, 3—4 Wochen. Die Zahl der unerledigten Sachen, welche noch schweben, hat sich gegen den Stand vom 31. Dezember 1892 in der Rekursinstanz um 419, in der Revisionsinstanz um 642 vermindert.

Ein vernünftiges Urtheil über die Sonntagsruhe aus kaufmännischen Kreisen zu vernehmen, ist immerhin eine solche Seltenheit, dass sie wohl beachtet zu werden verdient. Ueber die Bewahrung der Sonntagsruhe schreibt, wie die „Frankfurter Zeitung“ der „Kaufm. Presse“ entnimmt, in seinem neuen Jahresbericht für 1892/93 der Bockumer „Kaufmännische Verein“: „Es blieb natürlich nicht aus, dass sich nach Inkrafttreten insbesondere des Sonntagsruhe-Gesetzes mancher Widerspruch von Seiten der thätiglichen oder vermeintlich hierdurch geschädigten Geschäftsinhaber geltend machte, und es ist gewiss nicht zu verkennen, dass bei einer derartig einschneidenden Neuerung ein Theil der Gesamtheit vorübergehend eine gewisse Benachtheiligung erleidet, die aber gegenüber der auf dem Spiele stehenden Erhaltung des körperlichen und geistigen Wohles eines ganzen Standes nicht ins Gewicht fallen dürfte. Wir können überdies heute, nachdem das Gesetz mehr als 1/4 Jahre wirksam gewesen, feststellen, dass fast aller Orten die ursprünglich vielfach sehr heftigen Bekämpfungen der neuen Einrichtung aufgehört haben und dass sogar viele Gegner der Sonntagsruhe jetzt Freunde derselben geworden sind. Bedeutende Firmen erklären, dass der früher gerade an Sonntagen übermäßige Andrang der Käufer sich jetzt auf die ganze Woche vertheilt und dass insbesondere die vordem Reis ins Treffen geföhrte Landwirthschaft sich durchweg sehr bald mit dieser Einrichtung befreundet habe.“ So sollten alle kaufmännischen Vereine für die Sonntagsruhe fortgesetzt eintreten!

Es wird noch eine gute Weile dauern, bis die im Schlepptau der Bourgeoisie trotztenden Kaufmännischen Vereine insgesammt daran denken, sich von den Anschauungen der Prinzipalität zu befreien und über die Fragen, die ihre Mitglieder angehen, selbständig zu urtheilen. Raum anderswo ist die Schwelmschwele nach oben noch so im Gange als in den Kreisen der Handelsangestellten.

Die sozialpolitische Weisheit eines liberalen Stadtverordneten feierte kürzlich in Kiel Triumphe. Wie die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ berichtet, erklärte der Stadtverordnete Bolemann in der am 21. Juli stattgefundenen Sitzung der städtischen Kollegien bei Beratung der Vorlage betreffend Unterstützung des Vereins gegen Bettel: „Es ist be-

dauerlich, dass es immer noch Leute giebt, und zwar besonders Frauen, welche das Strömmerthum unterstützen. Wenn wir die Bettelstube wieder in die Höhe bringen wollen, dann müssen wir den Verein gegen Bettel auflösen. Jeder, der arbeiten will, kann hier in Kiel jederzeit Arbeit bekommen! Diese Bettler wollen nicht arbeiten! Die Strömer sind nur fern zu halten, wenn man ihnen kein Almosen giebt. Der Verein hat segensreich gewirkt.“

Unser Herzenswunsch ist, dass der Herr Bolemann, dem der sozialpolitische Himmel voller Bagdigen hängt, recht bald in die Lage käme, selber einmal auszuprobiren, was es mit der Herrlichkeit des Arbeitslosenlebens in dieser besten der Welten auf sich hat. Die Kieler Arbeiter werden übrigens wohl nicht verfehlen, sich eingehend bei Herrn Bolemann Rath zu erholen, falls sie trotz der sanguinischen Versicherung dieses Herrn zufällig einmal unverschuldet vom Hunger gepackt werden sollten.

Die Frage über die rechtliche Natur von Trinkgeldern in bezug auf die Besteuerung, so wird offiziös geschrieben, ist nach den tatsächlichen Verhältnissen, unter welchen sie gezahlt und angenommen werden, zu beurtheilen. Trinkgelde sind an und für sich allerdings freiwillig geleistete Geschenke, welche der Besteuerung nicht unterliegen. Insofern aber Kellner, Portiers in Gasthöfen und ähnliche Bedienstete nach den tatsächlich bestehenden Verhältnissen auf die Trinkgelde, welche ihnen von den Gästen u. s. w. herkömmlich gezahlt zu werden pflegen, als eine unabhängige Einkommensquelle neben dem verabredeten Lohn oder statt desselben angewiesen sind, ist die Anrechnung der Trinkgelde als steuerpflichtiges Einkommen, nämlich als Verdienst der Gewerbegehilfen gerechtfertigt.

Die Herrlichkeit des Koalitionsrechtes. Die Leitung der Brauereibranche in Apolda hat fünf ihrer Arbeiter, die schon längere Zeit im Betriebe thätig waren, jedoch der Brauereioorganisation angehörten, ohne ersichtlichen Grund entlassen. Infolge dessen beschloß eine sozialdemokratische Versammlung dieser Tage, den Boykott über das Bier der Brauereibranche so lange zu verhängen, bis die Brauereileitung die Erklärung abgibt, dem Koalitionsrecht der Arbeiter kein Hemmnis in den Weg zu legen.

Die Lage der Apothekergehilfen schildert ein alter konditionirender Apotheker in der Fachzeitschrift „Der Pharmaceut“ wie folgt: In der Stellung der Apothekergehilfen herrschen hier Missetände, die einer dringenden Abhilfe bedürfen. Nicht 2000 Mark, sondern sage und schreibe 1600—1800 M., und wenn es sehr hoch kommt auch zuweilen 2000 M., dies ist der Höchstgehalt eines geprüften Apothekers; ein Blick in die „Pharmazeutische Zeitung“ bekräftigt dies vollaus. Diese Bezahlung steht im Einklang mit der zu leistenden Arbeit, denn wenn man in Ermüdung zieht, das der Dienst in einer Apotheke von Morgens 7 bis Abends 9, meistens auch bis 10 Uhr dauert, also rund 12 Stunden, eine Mittagspause von 2 Stunden abgerechnet, so ist dieser Wunsch wohl gerechtfertigt. Zu alle dem kommt noch der angestrenzte Nachdienst! Man sollte fast glauben, die heutigen Apothekenbesitzer verdienen nicht mehr, wenn man die minimale Bezahlung entgegenhält. Das dies nicht der Fall ist, beweisen ja die vielen jungen Rentner unter den Apothekern und vor allem die hohen Preise, welche für Apotheken bezahlt werden! Wäre es da wohl nicht angebracht, das Abhilfe geschaffen würde?

Der Einkunder erhofft Abhilfe von der Einführung der Personalkonzession, wie sie auf der diesjährigen Delegirtenversammlung des deutschen Pharmazentenvereins gefordert worden ist. Die paar hundert besetzten Apotheker, die dadurch vielleicht zur Selbständigkeit gelangten, würden bald gewahr werden, dass mit dem kapitalkräftigen „Kollegen“ nicht gut Kirichen essen ist, dass dieser sie ebenso erdrücken wird, wie der Großkapitalist in der Industrie den Handwerksmeister erdrückt. Durch eigenen Fleiß gelangt man nirgendwo mehr zum Wohlstand, selbst im Apothekergewerbe nicht.

Wirksamkeit der Schutz-Pockenimpfung. Der 18. Jahresbericht der englischen Gesundheitsbehörde enthält interessante Mittheilungen über einige Beobachtungen und Erfahrungen, welche während der großen Pockenepidemie im Jahre 1887/88 in der englischen Fabrikstadt Sheffield gemacht worden sind. Es erkrankten an den Pocken im ganzen 8088 Personen, von denen 590 starben. Von Kindern bis zu 10 Jahren erkrankten unter je 1000 geimpften 5 und starben 0,09, unter je 1000 ungeimpften erkrankten 101 und starben 44. Von Kindern dieses Alters, die in bereits pockenverunreinigten Häusern wohnten, erkrankten unter je 1000 geimpften 78 und starb 1, unter je 1000 ungeimpften erkrankten 869 und starben 881. Von Personen im Alter von mehr als 10 Jahren erkrankten unter je 1000 zweimal geimpften 8 und starben 0,08, unter je 1000 einmal geimpften erkrankten 19 und starb 1, unter je 1000 ungeimpften erkrankten 94 und starben 51. Von Personen dieses Alters, die in bereits verunreinigten Häusern wohnten, erkrankten unter je 1000 geimpften 281 und starben 14, unter je 1000 ungeimpften erkrankten 886 und starben 371. Von den 830 in der Stadt wohnenden Militärpersonen, welche alle wiedergeimpft sein mussten, erkrankten 12 erfolglos wiedergeimpfte und starb 1. Von 290 Postbeamten, die ebenfalls alle wiedergeimpft waren, erkrankte 0. Von 372 Polizeibeamten erkrankten 10 noch nicht wiedergeimpfte. Aus diesen Zahlen erhellt, dass die Pockenimpfung und noch mehr die Wiederimpfung einen ziemlich sicheren Schutz gegen Erkrankung an den Pocken gewährt, dass dieser Schutz selbst in bereits pockenverunreinigten Häusern selten versagt, und dass im Falle einer Erkrankung der Verlauf der Krankheit wenigstens milder ist und seltener zum Tode führt. Diese Erfahrungen haben sich während jener Epidemie in Sheffield sogar bei dem am meisten gefährdeten Personal der Pocken-Krankenhäuser bestätigt. Von diesem Personal erkrankten von 62 einmal in der Kindheit geimpften Personen 6 und starb 1, von 81 erfolgreich wiedergeimpften erkrankte 0, von 18, die schon früher die Pocken überstanden hatten, erkrankte 0. Das die Ansteckungsgefahr bei den Pocken groß ist und mit der Annäherung an den Seuchenherd wächst, konnte in Sheffield ebenfalls bestätigt werden. Es wurde beobachtet, dass die späteren Erkrankungskfälle vorwiegend aus Häusern in der Nachbarschaft des Leides mitten in der Stadt gelegenen Pocken-Krankenhauses kamen. Auf eine Entfernung von 0—1000 Fuß wurden 1,75 pSt., von 1000—2000 Fuß 0,50 pSt., von 2000—3000 Fuß 0,14 pSt., von 3000—4000 Fuß 0,05 pSt., weiterhin 0,02 pSt. aller Einwohner von den Pocken befallen.

In der Gewerbevereinswahl für den Kreis Rando bei Stettin erhielten in der Klasse der gewerblichen Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten 50, die Gewervereiner keine Stimme. Auf der Arbeitermerkmale erhielten die reaktionären Kandidaten 22, die sozialdemokratischen 13 Stimmen. In der Klasse der Fabrikarbeiter wurden die sozialdemokratischen Kandidaten mit 495 und 496 Stimmen gegen 107 Stimmen, welche die Gewervereiner erhielten, gewählt. Als Arbeitgeber-Beisitzer wurden drei Konservativen gewählt. Die pommerischen Arbeiter haben somit glänzend gezeigt, dass sie am Platz sind, wo es die Wahrnehmung ihrer Rechte gilt.

Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes! Der „Verein deutscher Oien- und Stahl-Industrieller“ hat nach Mittheilung der „Alteimich-Weißföhrischen Zeitung“ an die Regierungen der Einzelstaaten mit Staatsbahn-Betrieb eine Eingabe gerichtet dahingehend, dass bei der Vergabung von Eisenbahnmateriale das Angebot ausländischer Industrien nicht berücksichtigt, die Arbeit vielmehr ausschließlich den deutschen Werken zugewiesen werden möge, dass durch dieselben der Wettbewerb der ausländischen Industrie in entsprechender Weise „geregt“ werde. Die Herren

Versammlungen.

Für die Mäntelherren, Bügler, Stepper, Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen fand am 24. Juli in Sanssouci eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Fräulein Wabnitz einen mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Vortrag hielt über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in oben angeführten Branchen. Den durchaus zutreffenden Ausführungen über die schlechten Verhältnisse dieser Arbeiter und Arbeiterinnen stimmte in der Diskussion Kollege Voigt voll und ganz zu. Hilfscher verlangte, daß diejenigen Zwischenmeister, bei denen solche Mißverhältnisse existieren, der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Z. B. sei es vorgekommen, daß bei Wendt dem Bügler der Lohn nach 8 Tagen nicht gezahlt wurde und er nach 3 Wochen die Beifung erhielt, den Klagenweg zu beschreiten; ebenso sei es bei Boldt, Mariannenstraße, dieser sei eigentlich Tischler, jetzt aber „Schneidermeister“; haben hier die Ramsells 14 Tage gearbeitet, würde ihnen oftmals der Lohn nicht gegeben. Sämtliche Redner und Rednerinnen betonten die unbedingte Notwendigkeit der Organisation, und forderten zum regen Beitritt in den Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen auf. Miklosky ergänzte den Vortrag der Referentin dahin, daß es bei den Konfektionären in der Herrenbranche schon so Sitte sei, daß diesen Herren ihre Anzüge umsonst gearbeitet werden, Herbst verlangt, daß die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung auch auf die Hausindustrie übertragen, sowie eine Regelung der übermäßig langen Arbeitszeit herbeigeführt werde. Frau Palm beklagte, daß bei einem Zwischenmeister in der Perlebergstraße Krabbenanzüge (Hose, Leibchen, Jaquet) für 35 Bk. angefertigt werden sollen, und betont demgegenüber die Notwendigkeit der Organisation namentlich der Frauen und Mädchen. Frau Hagemann legt verschiedene Mißstände in den Druckereien klar. Frau Dumbel bringt die entwürdigende Behandlung der Dienstmädchen zur Sprache. Im Schlußwort berichtet Referentin von Fällen, in denen Arbeiterinnen, welche 18 Jahre und länger bei einem Zwischenmeister gearbeitet, von diesem unbarmerzig auf Pfahler geworfen wurden, um jüngeren Kräften Platz zu machen; diese müßten dann für die Hälfte des Preises arbeiten. Bei einem Zwischenmeister in der Kommandantenstraße habe man bisher der Hauschneiderin stets 2 Mark Tagelohn gezahlt, jetzt gebe man kurzweg nur 1 Mark. Dieser Herr sei Herrenschneider, beschäftige u. a. auch einen Lehrling, dessen Schlafstätte ein mit Lumpen gefüllter Sack sei, der des Tags über unter das in der Arbeitsstube befindliche Bett geschoben werde. Timm gab unter verschiedenen bekannt, daß die Angelegenheit der Firma American-Pant-Suit-Factory noch zu erledigen sei, es wurde beschlossen, diese Sache der Agitationskommission zu übergeben. Auf den verschiedensten lautgeordneten Wunsch, möglichst bald wieder in dortiger Gegend eine Versammlung stattfinden zu lassen, erklärte Timm, dem solle Rechnung getragen werden. Erfreulicher Weise könne er mitteilen, daß heute 41 Kollegen und Kolleginnen der Organisation beigetreten seien.

Die Militärmägen-Arbeiter hielten am Sonnabend, den 22. Juli, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Frischöder eine Einleitungsansprache über die Notwendigkeit der Gründung einer Organisation darlegte. Hierauf behandelten die Kollegen Weinert, Fric, Krause und Freyer verschiedene Uebelstände, die in der Branche herrschen und begründeten damit die Notwendigkeit einer Organisation. Ein von dem Kollegen Krause gestellter Antrag zur Gründung einer Organisation, welche den Namen „Freie Vereinigung der Militärmägen-Arbeiter Berlins“ trägt, wurde einstimmig angenommen, worauf sämtliche anwesenden Kollegen als Mitglieder dem Verein beitraten. In den Vorstand wählte die Versammlung folgende Kollegen: zum ersten Vorsitzenden Weinert, zum zweiten Vorsitzenden Heine, zum ersten Schriftführer Pilosky, zum zweiten Schriftführer Hoffmann, zum ersten Kassierer Kramer und zum zweiten Kassierer Sievers. Die Versammlungen sollen regelmäßig alle Sonnabende nach dem Ersten und Fünfzehnten jeden Monats bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44, abgehalten werden.

Die Maler und Anstreicher hielten am Sonntag in Moabit eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Richter über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sprach. Die auf den mit Beifall entgegen genommenen Vortrag folgende lebhafteste Diskussion bewegte sich ausschließlich im Rahmen des Referats. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, wodurch die Anwesenden sich verpflichteten, nicht nur selbst der Organisation beizutreten, sondern ihr immer mehr neue Mitglieder zuzuführen und für dieselbe zu agitieren. Ferner beauftragte die Versammlung das Bureau, bei den Behörden die Forderung zu stellen, daß schon jetzt Mittel und Wege in Anwendung gebracht werden, um dem im kommenden Winter durch die sich bereits heute spürbar machende Arbeitslosigkeit entstehenden Nothstand entgegen zu treten. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß in kürzester Zeit sich eine Versammlung im Zentrum mit der eventuellen Besichtigung des Züricher Kongresses und dem Submissionswesen beschäftigen wird.

Die Handschuhmacher hielten am 23. d. M. eine öffentliche Versammlung ab behufs Stellungnahme zum internationalen Kongreß der Handschuhmacher, welcher im August d. J. in Grenoble (Frankreich) stattfindet. Einleitend hörte die Versammlung einen Vortrag des Genossen Böckel über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, in demselben den Handschuhmachern nahe legend, vor allem die eigene gewerkschaftliche Organisation zu pflegen, dann aber auch, in der allgemeinen Arbeiterbewegung sich mit voller Kraft zu betheiligen. Der Vortrag fand die lebhafteste Zustimmung aller Anwesenden. Eine vorgelegte Erörterung der Frage betreffs des Eingehens eines Kartellverhältnisses mit den Weißgerbern wurde für dies Mal abgelehnt, demnach beschloß, demnach eine öffentliche Versammlung gemeinsam mit den Weißgerbern zur Erörterung dieser Frage einzuberufen. Nachdem kam die Kongressfrage zur Verhandlung. Die Versammlung erklärte sich mit den von einzelnen Städten zum Kongreß gestellten Anträgen, mit Ausnahme des Züricher Antrages, einverstanden. Die Besichtigung des Kongresses betreffend wurde beschlossen, drei Delegirte zu entsenden und wählte die Versammlung als solche die von Berlin aufgestellten Kandidaten Bruder, Berlin, Jakobson, Mäntchen und Wasler-Stuttgart. Die Versammlung bewilligte des Weiteren den freitenden Karschnern aus dem vorhandenen Dispositionsfonds die Summe von 25 M. In Aussicht genommen ist eine Besichtigung der Genossenschafts-Fabrik an einem Sonntag Vormittag, wennmöglich zusammen mit den Weißgerbern. Der geplante Bericht eines ständigen Bureaus der Gewerkschaftskommission stimmte die Versammlung zu und verpflichtete sich dieselbe, im Verein mit allen Gewerkschaften Verhältnisse für die erforderlichen Mittel aufzukommen. Das Stiftungsfest der Organisation findet nicht am 12., sondern am 19. August im Seeshloßchen (Friedrichshagen) statt.

Der Fachverein der Klempner tagte am 12. Juli. Nach dem Kassierbericht des Kassiers ist ein Vereinsvermögen von 810 M. vorhanden. Aus der Wahl gingen hervor: erster Vorsitzender Reinhard, zweiter Vorsitzender Müller, erster Schriftführer Tschöke, erster Kassierer Kling, zweiter Kassierer Kramer. Zum Bibliothekar wurde Kollege Lange und zum Revisor Kollege Winter gewählt. Zu Mitgliedern der Arbeitsnachweis-Kommission wurden ernannt: Pfeifer, Kieemann, Tzimer, Eder, Lippich, Markus und Breul.

Der Fachverein der Tapezierer für Berlin und Umgegend hielt am 17. Juli eine Generalversammlung ab. Nach

dem Bericht des Vorsitzenden über die Vereinsthätigkeit giebt der Kassierer den Kassierbericht, der einen Bestand von 309,98 Mark aufweist. Die Verhältnisse-Kontrollkommission hat eine Einnahme von 97,54 M. und eine Ausgabe von 86,16 M. zu verzeichnen. Angelegtes Vermögen 1263,60 M. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Karsch und Kollege Richter zum ersten Schriftführer gewählt.

Die freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 18. Juli ihre ordentliche Generalversammlung ab, in welcher zunächst die Revisoren sowie der Revisor den Bericht vom 2. Quartal er. gaben. Die Einnahmen betragen 415,44 M., die Ausgaben 339,57 M., also Bestand 75,87 M. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 34,80 M., Ausgabe 104,50 M., also ein Defizit von 69,70 M. Beim folgenden Punkte der Tagesordnung wurde Kollege Michelmann seines Amtes als 2. Schriftführer entbunden und die Kollegen Rohland und Bezel in dessen Stelle gewählt. — Die Kollegen Forbrig und Neustock wurden auf Beschluß der Versammlung ausgeschlossen, da sie gegen die Prinzipien der Vereinigung verstoßen. Das Gesuch des Musikers Berner um Wiederaufnahme wurde abgelehnt. — Ausgenommen wurden 5 Kollegen. — Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß.

Eine öffentliche Ladirer-Versammlung tagte kürzlich bei Köllig. Von dem auf die Tagesordnung gestellten Vortrage wurde wegen des schwachen Besuches Abstand genommen. Der Vertrauensmann Kautenhaus theilte mit, daß bei der Wittwe Gier, Königsbergerstraße, die Beihilge länger als die Gehilfen beschäftigt werden, bis 1/10 Uhr Abends und Sonntags auch bis 4 oder 6 Uhr Abends. Dadurch wird schon früh die Gesundheit dieser jungen Leute ruiniert. Was Ueberanstrengung bewirkt, das sehe man ja an denjenigen Gehilfen, die in der Saison nicht lange genug arbeiten können. Diese fallen, wenn ihre Arbeit zu Ende ist, der Krankenkasse zur Last. Auch Kollege Müller hob im Anschluß hieran hervor, daß namentlich die sämtlichen Werkstätten der Kleinmeister wahre Pesthöhlen seien und in verwerdlicher Weise auf die Gesundheit der Arbeiter einwirkten. Nachdem noch die Einführung von Werkstätten-Delegirten angeregt worden war, wurde zu Verschiedenem übergegangen. Der Gewerkschaftskommission wurden 10 M. überwiesen und demnach zu der vorher erwähnten Anregung folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung fordert die Kollegen auf, in jeder Werkstätte einen Delegirten zu ernennen, der die Interessen der Kollegen in der betreffenden Werkstätte zu vertreten hat. Derselbe hat seine Adresse an den Vertrauensmann zu senden.“ Am nächsten Montag findet Filialversammlung bei Schöning in der Stallschreiberstraße statt.

Eine ordentliche Mitglieber-Versammlung hielt am 23. Juli die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser, Weißbinder und Studatoure ab. Der Kassierer Herr Kieemann verlas die Abrechnung vom 2. Quartal. Dieselbe ergab eine Einnahme von 35 709,98 M., die Ausgaben betragen 34 629,97 M.; mithin ist ein Bestand von 1079,99 M. vorhanden. In den Vorstand wurden hierauf gewählt: zum ersten Kassierer Richter, zum zweiten Bevollmächtigten Buchmann, zum zweiten Schriftführer Kaufmann, zu Revisoren die Herren Karpe, Böllner und Kieemann.

Eine am 23. Juli abgehaltene öffentliche Versammlung der Porzellanarbeiter wählte Herrn R. Zahn, Porzellanmaler, als Delegirten zum internationalen Arbeiterkongreß in Zürich. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit den Verfassungen in Deutschland in Verbindung treten soll, um auch diesen die Kandidatur Zahn zu empfehlen, resp. die Zustimmung zur erfolgten Wahl einzubohlen. In die Gewerkschaftskommission wurde neben Herrn Reimer, der schon in einer früheren Versammlung der Porzellanmaler als Vertreter gewählt war, Herr Schönheit, Porzellandreher, neugewählt, so daß jetzt die Porzellanarbeiter durch zwei Delegirte in der Kommission vertreten sind.

Der Bauarbeiter-Verein der Rosenthaler Vorstadt hielt am 16. Juli seine Versammlung ab und wurde zunächst die Abrechnung der beiden Monate März und April verlesen und für richtig befunden; Genosse Keesten ersuchte die Kollegen, sich der Mühe zu unterziehen, soviel wie möglich Büllets zu dem am 12. August stattfindenden Stiftungsfest abzugeben. Ein Antrag wegen gänzlicher Aufhebung des Arbeits-Nachweises wurde dem Vorstande zur Verathung übergeben und bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 20. August, statt.

Die Sattler hielten am 25. d. M. im Norden Berlins in Sachen der unmittelbar bevorstehenden Militärarbeit und der bezüglich dieser zu stellenden Forderungen — neunstündige Arbeitszeit und 40 Pf. Minimal-Stundenlohn — eine öffentliche Agitationsversammlung ab, die zahlreicher als bisher besucht war. Kollege Franke legte in seinem einleitenden Referate in eingehender Weise die geradezu trostlosen Arbeitsverhältnisse in der Militärbranche klar. Im Sattlergewerbe sei 9-10 Mark pro Woche Arbeitsverdienst an der Tagesordnung. Die Kollegen sollen die bei der bevorstehenden Militärarbeit sich bietende Gelegenheit, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, sich nicht entgehen lassen. Bei genügender Vorbereitung der Lohnbewegung würden sich Erfolge erzielen lassen, und die Unternehmer können bei ihren zu stellenden Forderungen die Forderungen der Arbeiter dann berücksichtigen. Die Befürchtung der Fabrikanten, daß Unternehmer in der Provinz die Arbeit billiger liefern würden, soll dadurch hinfällig gemacht werden, daß auch in der Provinz eine rege Agitation entfaltet werde. Das durch Fragebogen beschaffte Material soll in einer Eingabe dem Ministerium unterbreitet werden, um auch maßgebenden Kreisen einen Einblick in die bestehenden traurigen Verhältnisse zu ermöglichen und sie zu veranlassen, das Ihrige zur Besserung beizutragen. Wenn der bevorstehende Kampf auch schwere und vielleicht auch viele Opfer erfordern würde, so forderte Referent doch auf, denselben mit frischem, frühlichem Muth aufzunehmen (Beifall). In der folgenden Diskussion wurden die einschlägigen Verhältnisse lebhaft erörtert und aufgeführt, in den Werkstätten, wo dies noch nicht geschehen ist, Vertrauenspersonen zu wählen. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in welcher sich die Anwesenden verpflichteten, mit allem Geschick zu Gebote stehenden Mitteln für eine materielle Hebung des Sattlergewerbes einzutreten und sich zu diesem Behufe in erster Reihe dem Verbands-Versammlung und Tapezierer anzuschließen. Die nächste Verbandsversammlung findet am Sonnabend, den 5. August, Alte Jakobstraße 83, bei Wiensode statt.

Erst- und Hochschloß, 23. d. M. Abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Genossen Franke: Die Geschichte des Konfessionsstaats. **Mitglieder-Verein.** Große öffentliche Versammlung am Sonntag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr, in der Berliner Resthause, Kommandantenstr. 67. Tagesordnung: Stellungnahme zum Züricher Kongreß. Referent: Kollege C. Richter.

Vermischtes.

Postales. Die Briefträger sollen dem Vernehmen nach in nächster Zeit mit neuen ledernen Brieftaschen ausgerüstet werden, an deren rechter Seite eine Lederhülse angebracht ist, die ein kleines Fläschchen mit Tinte enthält. Der Anlaß dieser Neuierung liegt darin, daß die Postboten jetzt bei Zustellung von Gerichtsdokumenten die Urkunden in Gegenwart des Adressaten sofort mit Tinte ausfüllen müssen. Diese Neuierung ist in Berlin probeweise bereits eingeführt worden. Angenehmer als diese

Eisenarone suchen sich wohlweislich im Interesse des Profits die ausländische Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Bei der Herstellung der Arbeiten durch Arbeiter sind die Herren aber keineswegs so feinfühlig und tragen gar kein Bedenken, ausländische billigere Arbeitskräfte den deutschen Arbeitern vorzuziehen. Wo bleibt da der berühmte „Schutz der nationalen Arbeit“? Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes!

Wozu das Kapital die „Wissenschaft“ gebraucht. Unser Düsseldorf'scher Parteiblatt schreibt: Vor nicht gar so langer Zeit hatte die „Niederrheinische Volksstribüne“ einen Prozeß zu bestehen, weil sie es gewagt hatte, die Behauptung aufzustellen, daß auch die ärztliche Kunst in dem Dienst des Kapitalismus stehe. Zwar war diese Behauptung erwiesen — aber es war dabei ein Düsseldorf'scher Arzt beleidigt worden, und Redakteur und Verleger mußten ihre 14 Tage „brammen“. — Heute nun weht uns der Zufall ein Blättchen Papier auf den Redaktionsstisch, welches etwas nähere Beachtung verdient. Zur besseren Beurtheilung des Inhaltes jenes Blättchens schicken wir folgendes voraus:

Einem Arbeiter aus Duisburg wurden vor einiger Zeit ein paar Kinder krank. Der Mann geht zu dem Dr. med. Fischer in Duisburg, welcher auch seinen Verstand nicht verliert. Der Arbeiter aber lebte schon in so traurigen Verhältnissen, daß es ihm unmöglich war, den Arzt zu bezahlen, er wurde gleich, nachdem die Kinder wieder gesund waren, aus unbekanntem Grunde arbeitslos. Nach längerem Suchen wendet er sich an die „Niederrheinische Hütte zu Duisburg“. Von der Leitung des Werkes wird er zu demselben Dr. med. Fischer gefandt, um sich untersuchen zu lassen. Wie überall üblich wird ihm ein Schein eingehändigt, den der Arzt zu unterschreiben hat. Dieser Schein ist das oben erwähnte Blättchen, welches uns im Original vorliegt. Es hat folgenden Wortlaut:

Herrn Dr. Fischer, Duisburg!
Wir bitten, Bringer diesen (folgt der Name des Arbeiters), der bei uns in Arbeit zu treten wünscht, ärztlich zu untersuchen und den Befund hierunter zu bemerken.
Niederrheinische Hütte zu Duisburg-Hochfeld,
den 4. Juli 1893.

(Unterschrift unleserlich.)
Unter diesen Schein also sollte das ärztliche Attest nach dem Befund der Untersuchung vermerkt werden. Was aber steht darunter? Man lese und staune:

„(Name) hat viel gewechselt und ist aus gewissen Gründen nicht zu empfehlen.“

D. 4.7. 93. Dr. R. Fischer.
Daß diese Bemerkung kein ärztliches Attest ist, braucht nicht erst auseinanderzusetzen zu werden. Ein Arzt hat nicht nöthig, bei seinen Attesten sich solcher Worte wie „gewisse Gründe“ zu bedienen! — Woher aber weiß denn der Dr. Fischer, daß der Arbeiter viel gewechselt hat? Das kann er nur wissen, wenn er für mehrere Firmen, oder mit seinen eigenen Worten für „viele“ Firmen (der Arbeiter hat zu viel gewechselt) die Untersuchungen vornimmt, und anstatt eine Bescheinigung über den Gesundheitszustand eine solche über die Arbeitsfähigkeit des Arbeiters ausstellt. Wahrlich, wir haben es weit gebracht im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“! Wir bemerken nur noch, daß der Arbeiter bis heute noch keine andere Arbeit hat finden können und überlassen es unsern Lesern, sich selbst den Kommentar dazu machen.

Da viele Ortskrankenkassen ihren an geschlechtlichen Krankheiten leidenden Mitgliedern jedwede Unterstützung verweigern und damit gegen die §§ 6a und 26a der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892 verstoßen, haben die preussischen Minister des Innern, der Medizinal-Angelegenheiten und des Handels in einer gemeinschaftlichen Verfügung die Ortskrankenkassen darauf hingewiesen, daß die Krankenkassen zur Kürgung oder Entziehung des Krankengeldes nur dann berechtigt sind, wenn die Krankheit infolge ausschweifenden Lebenswandels entstanden ist. Ärztliche Behandlung, Medizin und alle zur Wiederherstellung nöthigen Vorrichtungen und Heilmittel müssen jedoch auch diesen Kranken gewährt werden. Die Minister sprechen den Wunsch aus, es möchten diese Kranken, bei denen die Gefahr der Weiterverbreitung der Krankheit besonders groß ist, im Interesse der Volksgesundheit möglichst schnell und sicher wieder hergestellt und zu diesem Zwecke womöglich einem öffentlichen Krankenhause überwiesen werden.

Es ist eine Beschränkung ohne gleichen, wenn Krankenkassen zwischen gewöhnlichen Krankheitsfällen und Fällen der vom Minister erwähnten Art einen Unterschied machen. Von ausschweifendem Lebenswandel kann bei Geschlechtskranken in 99 von 100 Fällen überhaupt nur im Sinne der verlodtesten Bureokratie die Rede sein; diesen Kranken geziemen ganz dieselben Rechte wie sie anderen Kassenmitgliedern im Krankheitsfall zukommen.

Die sichtbaren Goldvorräthe in Europa, den Vereinigten Staaten und Australiens, welche die bei den verschiedenen Nationalbanken liegenden und die von den einzelnen Regierungen gehaltenen Bestände zusammensetzen, vertheilen sich nach einer Aufstellung des „B. U. C.“ wie folgt:

In Millionen Franken.)		
Juni 1893	Dezbr. 1892	
Bank von Frankreich	1717	1709
Deutsche Reichsbank	707	715
Zettelbanken	97	97
Deutscher Kriegsschatz	150	150
Bank von England	753	605
Anderer englische Banken	200	200
Schottische Banken	108	107
Irlandische Banken	68	67
Oesterreichisch-ungar. Bank	217	217
Nationalbank von Italien	211	200
Italienische Zettelbanken	188	185
Italienischer Staatsschatz	109	109
Belgische Nationalbank	60	81
Griechische Nationalbank	1	1
Bank von Spanien	198	190
Dolland	71	80
Alger	22	22
Rumänien	65	55
Portugal	26	26
Schweden	23	22
Schwedische Zettelbanken	10	10
Bank von Norwegen	84	29
Dänemark	83	81
Serbien	9	9
Vulgarien	6	2
Finnland	22	22
Schweizer Banken	69	67
Russische Reichsbank	1511	1683
Russischer Staatsschatz	588	231
New-Yorker Verein Banken	323	305
Amerikanische Nationalbanken	155	155
Staatsschatz	978	1238
Australische Banken	500	500

Zusammen 9284 9274
Die „Frankfurter Zeitung“ blüht mit ständlicher Befriedigung auf diese Goldvorräthe. „Mit einem Worte“, schreibt sie, „es ist Gold genug da, und die Erde produziert mehr als gebraucht wird.“ — Allerdings, das gegenseitige Anpumpen der Staaten könnte schon noch eine Weile gehen und mancher Wüthegänger würde noch seine Rechnung finden, wenn eben nicht die Staaten im Innern faul wären, so zwar, daß sie keinen Kredit besitzen.

Der Fachverein der Tapezierer für Berlin und Umgegend hielt am 17. Juli eine Generalversammlung ab. Nach

Neuerung wäre für die vielgeplagten Briefträger eine anständige Gehaltsverhöhung und für die Sommerzeit eine leichtere Kleidung, was die Leute bei der tropischen Hitze in diesem Sommer zu leiden hatten, läßt sich schwer beschreiben. Unter dem jetzigen Regiment ist leider auf eine Aenderung in dieser Beziehung wenig zu hoffen.

Arbeiterriß. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend Nachmittag in der Mörkestraße in Altona. Dort waren zwei Arbeiter am Siel beschäftigt. Sie wurden dabei von dem wolkenbruchähnlichen Regen überflutet, der einen bedeutenden Zufluß von Wasser in das Siel zur Folge hatte. Mit großer Anstrengung rettete sich der eine, indem er den Schacht glücklich erreichte, um sich aus der Oeffnung desselben aus seiner Lage zu befreien. Der andere wurde von der starken Strömung des Wassers fortgerissen. Ohne Hilfe leisten zu können, umstanden die Sielarbeiter den Schacht, aus welchem Hilferufe ihres unglücklichen Kollegen weither noch vernehmbar waren und dann gänzlich aufhörten.

Sächsische Schildbürgerknechte. In Löbtau hat der Gemeinderath einen neuen Gemeindefeld begangen. Man erinnert sich der großen Blamage, die er sich durch Tausch und Umtauschung der Thierwaidstraße zuzugte. Jetzt hat er die Gemeindefeld in Poststraße umgetauscht, weil der Jude Heine nicht würdig sei, einer Straße den Namen zu geben. Nun war aber die Straße garnicht nach dem Tichter Heine, sondern nach dem bekannten Dresdener Maler Heine benannt worden.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Verold.)

London, 26. Juli. Sir Grey gab im Unterhause weitere Erklärungen über Siam und sagte: Die englischen Unterthanen seien im Besitze einer Konzession für die Ausbeutung der Mienen in Kabinen und Saphiren in den Provinzen Schantobun, Korat und Battambang. Diese drei Provinzen habe Frankreich nicht befehrt, noch verlange es dieselben. England werde seine Unterthanen daselbst schützen.

London, 26. Juli. Nach einem Telegramm aus Leicester beginnt der für den 29. Juli angesetzte Ausstand erst in der nächsten Woche. Die Bergarbeiter in Leith bei Edinburgh schließen sich dem Streik an. Mehrere Zechen sind bereits ohne Arbeiter. Die Kohlenpreise steigen fortwährend.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Bingen, 26. Juli. Amtliches Ergebnis der Reichstags-Wahl im Wahlkreis Alzey-Bingen: Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 7033; davon erhielt Fabrikant Reinhardt Schmidt (frei. Volksp.) 5440 St., Schriftsteller Weller (Antif.) 1208 St., Weinhandler Graf (deutsche Reformpartei) 357 St. Ersterer gewählt.

Paris, 26. Juli. Der "Matin" erklärt es für wahrscheinlich, daß die Blokade von Siam durch eine militärische Aktion vervollständigt werden würde, welche bestimmt wäre, die Besetzung der in dem Ultimatum geforderten Territorien zu bewirken.

London, 25. Juli. Auf dem Gute Haversham bei Wolverton ist die Rinderpest ausgebrochen. Vier Thiere wurden getödtet der Rest der Herde wurde isolirt.

London, 26. Juli. Der englische Gesandte in Buenos-Ayres hat der Regierung telegraphisch mitgetheilt, daß die argentinische Regierung ein Dekret veröffentlicht hat, nach welchem die Zollsätze auf Leinwand und gewirkte Strumpfwaren vom 18. September ab erhöht werden.

Die "Times" meldet aus Bangkok vom 25. d. M., daß die französischen Schiffe am Abend dieses Tages außerhalb der Befestigungen Anker werfen und die Einfahrt heute um 11 Uhr

Abends passieren würden. Offiziell wird gemeldet, daß die französischen Schiffe die Forts am Eingange des Menamflusses passiert seien. Die Forts hätten Salutschüsse mit den Schiffen gewechselt.

Tonlon, 26. Juli. Der englische Dampfer "Fernando" wurde, als er das im Mandorinen begriffene und in Schlachtordnung aufgestellte Mittelmeer-Geschwader durchkreuzen wollte, von dem Panzerschiffe "Cecile" in den Grund gebohrt. Die Mannschaft ist gerettet worden.

Literarisches.

Gekrönte Hämpter. 2. Heft. August der Starke, Kurfürst von Sachsen, König von Polen. — 64 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag von Hans Baake, Berlin S., City-Passage. — Die erste Nummer dieser Sammlung von Einzelbildern zur Naturgeschichte des Absolutismus (Katharina II. von Rußland) ist bekanntlich der vorläufigen Beschlagnahme verfallen. Wir sind neugierig, ob auch bei diesem zweiten Heft der Versuch wiederholt werden wird, die Verbreitung dieser naturgetreuen Monarchen-Portraits zu verhindern. Die vorliegende Studie beruht auf gründlichem Quellenstudium und giebt ein lebendiges Bild des kläglichen Zustandes, in dem sich die sächsischen Lande dank des absoluten Gottesgnadenthums im vorigen Jahrhundert befinden haben. Wenn August der Starke in dieser Darstellung als ein unerfährlicher Wüthling und närrischer Zirkusheld auf dem Thron erscheint, so wird damit eben nur der geschichtlichen Wahrheit die Ehre gegeben. Wir können das Schriftchen unsern Lesern auf das wärmste empfehlen.

Briefkasten der Redaktion.

M. W. Die ertheilte Antwort war zutreffend. Sie folgt aus den Gesetzen und Staatsverträgen, so unangenehm die Folgen auch für Ihren Bruder sein können. Daß eine ausdrückliche "Falle" gelegt ist, ist nicht anzunehmen; derartige Schreiben nützen aber hernach nichts.

S. Müller. Er kann es auch einem in Berlin wohnhaften Gerichtsvollzieher zur Eintragung übergeben.

C. F. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr zur Klärung vor.

Sch. J. 100. 1. An das Gericht muß der Antrag auf Festsetzung der Kosten gestellt werden. 2. Die Frau haftet für die Gerichtskosten ihres Mannes nicht.

Grefeld. 1. Es existirt kein Gesetz, durch welches die Prinzipale verpflichtet sind, die Steuern für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter abzugeben und der Steuerbehörde zu zahlen. Nur, wenn eine Pfändung seitens der Steuerbehörde verfügt ist, sind die Arbeitgeber zur Zahlung der Steuer verpflichtet. 2. Der Sohn ist zur Alimentierung seines Vaters verpflichtet.

G. Mbr. 100. Die Vertheidigung des Sohnes des Klägers ist zulässig, ebenso auch ein Antrag Ihrerseits, Ihre Frau und Verwandten zu hören und eventuell zu beeciden. Haben Sie die Waaren nicht zum Geschäftsbetriebe entnommen und Ihre Schuld nicht anerkannt, so verjährt Ihre Schuld, wenn Sie die Waaren im Laufe des Jahres 1890 entnommen haben, mit Ablauf des 31. Dezember 1892.

Brenn. Die Frage, ob der Schaden, der bei Gelegenheit eines Gewitters durch spätere Bauanlagen eines Nachbarn herbeigeführt ist (Ueberschwemmung infolge der Hochlegung des Mühlen-dammes) von dem Nachbar zu ersetzen ist, ist für den Fall zu bejahen, wenn der Nachbar unterlassen hat, Sicherheitsmaßregeln zu treffen, damit das Wasser abfliehe. Selbst ungewöhnliche

Ereignisse hat nach richtiger Ansicht der Bauherr, insbesondere eine Stadt, vorzusehen und eventuell für den Schaden aufzukommen. Soweit uns erinnert, hat bereits ein Grundstücksbesitzer aus Anlaß der vorjährigen Ueberschwemmung gegen die Stadt geklagt: die Klage ist wohl noch nicht entschieden.

B., Grünhaldenstraße. Durch die mündliche Rücknahme der Kündigung Ihrerseits ist Ihre Kündigung hinfällig. Falls im alten Verträge nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, so haben Sie aber das Recht, zum 1. Januar nunmehr zu kündigen. Antworten Sie, wenn der Wirth in der That die Wohnung in der besprochenen Weise repariren läßt, so sei ja allerdings Ihre erste Kündigung aufgehoben, Sie mögen nunmehr aber von Ihrem Kündigungsrecht zum 1. Januar derart Gebrauch, daß Sie die Wohnung unter allen Umständen zum 1. Januar 1894 kündigen. Daß die Verlängerung auf ein Jahr gelte, ist unrichtig, falls im alten Verträge derartige nicht steht.

S. St. 25. Sie müssen sich zur Prüfung an die Revierpolizei oder einen Bauachverständigen wenden.

R. B. 100. 1. Die Bestimmungen der Fabrikordnung sind maßgebend. 2. Ja, der Kunde muß an den Händler zahlen. 3. Im Oktober in Köln.

Müller. Der Hauswirth ist im Recht, wenn der Vertrag bis zum 30. September lautet; vergleiche im übrigen Antwort unter P. H. 17.

Fröhlich. Tragen Sie Ihren Fall Ihrer Gewerkschaft vor.

Wilhelmshaven. Ist nur strafbar, wenn durch dortige Polizeiverordnungen unter Strafe gestellt.

Oskar T. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt. 1. Das Vermögen der Frau haftet nur dann, wenn sie mit dem Manne in Gütergemeinschaft lebt. Vor Abschluß der Ehe sollen die Brautleute auf dem Gericht ausdrücklich erklären, daß der Mann seines Nießbrauchs- und Verwaltungsrechts sich begiebt, daß er das anzuzählende Vermögen seiner Ehefrau als deren Eigenthum anerkennt, und beide Eheleute, daß sie die Gütergemeinschaft ausschließen. Dann ist das Vermögen der Ehefrau gesichert. In das Vermögen des Ehemanns kann der alte Gläubiger Egelation wiederholen, pflegt es aber zu unterlassen. 2. Die Forderung des Fiskus wegen Gerichtskosten verjährt in 4 Jahren, vom 31. Dezember des Jahres gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist. Das Geld kann dem Rinde geschenkt werden; der Fiskus hat aber das Recht, die Schenkung in Höhe seiner Forderung anzugreifen.

P. H. 22. Ihre Kündigung ist vollkommen gültig.

S. L. 90. Ihre Braut soll unter Darlegung der Verhältnisse bei dem Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) den Antrag auf baldigste Ertheilung der Genehmigung stellen.

L. B. Die Kündigung ist als wirksam zu betrachten, wenn sie nicht ausdrücklich vom Ehemann widerrufen ist.

S. Methner. Der Verein unterliegt der Anmeldepflicht nicht. — §§ 4 und 5 der Statuten erscheinen aber recht unklar. Sie scheinen von dem irrigen Gedanken ausgegangen zu sein, der Verein sei eine selbständig erwerbende juristische Persönlichkeit.

Volkstimme Magb. Vorsitzender des Vereins der C. B. M. ist: Gustav Graf, Stralsunderstr. 36 part.

W. P., Stolp. Mit Dank erhalten. Wird verwendet werden.

K. 1870. 1. Als Großjähriger können Sie auf Einwilligung Ihres Vaters zur Eheschließung klagen. Die Klage muß beim Landgericht des Wohnortes Ihres Vaters durch einen Anwalt erhoben werden und kann längere Zeit dauern, auch nicht unerhebliche Kosten verursachen. 2. In Rixdorf besteht keine Gütergemeinschaft. Sie würden indeß gut thun, vor Abschluß der Ehe zu gerichtlichen Protokoll das Eigenthum Ihrer Braut anzuerkennen und des Nießbrauchs- und Verwaltungsrechtes sich zu begeben.

M. R. 50. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor. J. R. Am 1. d. M.

Freie Volksbühne.

Jedes Loos der Stiftungsfest-Lotterie, das mit einer 0 endigt, hat gewonnen. Die Gewinne sind bei dem Unterzeichneten täglich von 8—8 Uhr abzuholen. 890/12
Das Festcomité. J. A.: Julius Lirk, SW. Solmsstr. 24.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Das zur diesjährigen Maifeier in Aussicht gestellte

Kunstblatt

welches bereits in der Maifest-Zeitung als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend vergrößertem Maßstabe — Platten-größe 68 x 47 cm, Kartongröße 96 x 78 cm — in seiner Kupfer-ähung ausgeführt in unserem Verlage erschienen. Das Bild heißt:

Der erste Mai

und ist dazu angethan, jeden Versammlungsraum, jedes Vereins-zimmer der Arbeiter zu verschönen, vor allem wird es für jedes Proletariatsheim ein würdiger

Zimmerschmuck

sein. Um dies wahrhafte Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur

— Drei Mark —

festgesetzt. Gegen Einsendung des Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- und emballagefrei effektiviert.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neuo Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162 (fr. 123), Andreasstr. 54, Fruchtstr. 35, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. j. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. v. Färb. Bettbed. gef. 1,25 Mk. v. Stück. Herren-Kung gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blaugetragenen Raumgarn-Garderoben. 3716L*

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Linienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Grünauerstr. 25 f. d. Wohnungen preiswerth zu vermieten. 978b*

Leere Stube zu verm. bei Weinast, Reichenbergerstr. 128, vorn 1 Treppe.

Liegutierstr. 6 sind kleine, saubere Wohnungen billig zu verm. 70 bis 76 Thaler. 1102b

Schlafst. f. 2 Herr. Naunynstr. 18 vorn 1 Tr. l. 1101b

Reiderspind, Vertikow, 15 Mk. bill. wie im Laden, Tischlerei Oranienstr. 139, 3 Tr. 1089b

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide, Bergmannstrassen-Ecke, 52/19

Heute Donnerstag, den 27. Juli 1893:
Gr. Extra-Garten-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. A. Froelich.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:
Verhandlungen und Beschlüsse

Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel.

16. bis 22. August 1891.
Preis 20 Pf.

Angeichts des bevorstehenden Züricher Internationalen Kongresses, auf dem eine Reihe der in Brüssel behandelten Fragen ebenfalls zur Verhandlung kommen, wird diese nach den Berichten der Tagespresse angefertigte Zusammenstellung der Kongreßdebatten dem in der Kreise der Genossen lebhaft empfundenen Mangel eines offiziellen Kongreß-Protokolls einigermaßen abhelfen.

Verlag des „Vorwärts, Berliner Volksblatt“
SW., Beuthstr. 2.

Soeben ist erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolportage u. Zeitungs-Spediteure, sowie vom Verleger

August der Starke, Kurfürst von Sachsen, König von Polen.
Nr. 1: Katharina II. von Rußland ist gekrönt.
64 Seiten.
Preis 20 Pfennig.
Allen Freunden der Wahrheit und der Aufklärung empfohlen. 4591L*

Roh-Tabak Sumatra-Doekblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt v. 90 Pf. an, Carment-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sammtl. anderen Sorten. 4088L*

G. Elkhuyzen, Alte Schönhauserstr. 5.

300 Mark werden von einem Genossen auf ein Jahr gesucht. Sicherheit: Wirthschaft u. Geschäftsführer. Gef. Adr. unter G. S. 150 Exped. d. Bl.

Mehl-, Vorkost-, Destillations-Niederlage, Obst- u. Gemüsegesch. Umstände halber für 600 Mk. losz. zu verk. bei S. Jäger, Wallstr. 3/4. 11055b

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.** Kleine Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren** Naunynstr. 38, C. Wunsch, a. d. Oranienplatz.

Mehl- und Vorkost-Geschäft, mit Milch und Backwaare. Miethe 450 Mk. mit Wohnung ist billig zu verk. Näh. Bäckerei, Teichstr. 2. 4602b

Kohlen-, Herings- und Kartoffel-Geschäft billig zu verk. Näheres im Kohlen-feller Adalbertstr. 79. 11115b

Unübertrefflich!

Man achte genau auf meine Firma und Schutzmarke.



Richard Poppe
BERLIN N.O.

Unentbehrlich für jeden Haushalt!

X- und O-Beine.
Heinrich Bayer, Fabrikant des „Egalisators“ für X- u. O-Beine, aus Reinfeld in Holstein, ist auf kurze Zeit mit Muster hier anwesend. Zu sprechen von 10—2 und 4—6 Uhr, 64/2 NW, Dorotheenstr. 93, I.

Breßtholen, anerkannt beste Feigkraut, wenig Asche gebend, aus dem Bergwerk bei Königswusterhausen, per Tausend ab Platz 4 M. Beste Seufsenberger Mariekohle 5 M., Mittel- Qualität 4,60 M. ab Platz, frei Kessel 50 Pf., frei Boden 75 Pf. pro Tausend mehr. Muster ohne Berechnung frei Haus. 900b **Frischeisen & Co.,** Stottbuser Ufer 80.

Großer Mäßen-Ausverkauf.
Nach beendeter Hauptfaison kommen von jezt ab ca. 1000 Regenmäntel à 6.— M., 500 Jaquetts à 4,50 M., 200 Staubmäntel à 3,50 M., 100 Umhänge in Wolle und Seide à 8.— M. zum Ausverkauf. 4322b*

Damen-Mäntel-Bazar
Zeppigerstr. 91, 1 Tr.

Chilophagplatten, gef. geschäft u. Nr. 12998. Rabatmittel für Fährer. Acht zu haben bei **Lippe,** Grenadierstr. 8; in Weiskenssee bei **Santowski,** Königs-Chaussee 39a.

Geübte Farbigmacherrinnen verlangt **J. Offer u. Ko.,** Stallschreiberstr. 9.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 1053b